

LANDESBANK BERLIN AG

Nachtrag Nr. 2

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

vom 28. April 2010

zum
Basisprospekt
gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz
vom 2. Juli 2009

für Anleihen und strukturierte Wertpapiere



**LandesBank
Berlin**

Der Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 2. Juli 2009 für Anleihen und strukturierte Wertpapiere (der „Basisprospekt“) wurde am 7. Juli 2009 und der dazugehörige Nachtrag Nr. 1 vom 28. August 2009 am 1. September 2009 von der BaFin gebilligt und wurden gemäß § 14 (2) Nr. 3.a) WpPG auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Berlin AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, bereitgehalten. Dieser Nachtrag Nr. 2 vom 28. April 2010 zum Basisprospekt (nachfolgend dieser „Nachtrag“) wird ebenfalls auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der o.g. Adresse bereitgehalten.

Dieser Nachtrag sollte im Zusammenhang mit dem Basisprospekt und sämtlichen sonstigen Nachträgen zum Basisprospekt gelesen und aufgefasst werden und, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren im Rahmen des Basisprospekts, im Zusammenhang mit den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen gelesen und aufgefasst werden.

Dieser Nachtrag stellt, wie auch der Basisprospekt, sonstige Nachträge zum Basisprospekt sowie, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren, die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren dar und sollte nicht als Empfehlung der Emittentin zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren verstanden werden. Jeder Anleger sollte sich ein eigenes Bild über die finanzielle und wirtschaftliche Situation der Emittentin machen.

Hinsichtlich der Angaben zur Emittentin im Basisprospekt werden im nachfolgenden **Abschnitt I.** dieses Nachtrags die folgenden Abschnitte des Basisprospekts ersetzt:

- im Abschnitt „Zusammenfassung“ die „Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin“ (**Abschnitt I.1** dieses Nachtrags),
- im Abschnitt „Zusammenfassung“ die „Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken“ (**Abschnitt I.2** dieses Nachtrags),
- im Abschnitt „Risikofaktoren“ die „Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin“ (**Abschnitt I.3** dieses Nachtrags),
- der Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ (**Abschnitt I.4** dieses Nachtrags).

Am 30. März 2010 wurde der Konzernabschluss 2009 der Landesbank Berlin AG (IFRS) sowie der Jahresabschluss 2009 der Landesbank Berlin AG (HGB) veröffentlicht. Der Konzernabschluss 2009 der Landesbank Berlin AG sowie der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist im nachfolgenden **Abschnitt II.1** dieses Nachtrags wiedergegeben. Der Jahresabschluss 2009 der Landesbank Berlin AG sowie der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist im nachfolgenden **Abschnitt II.2** dieses Nachtrags wiedergegeben.

I.

1.

Im Abschnitt „Zusammenfassung“ wird der Abschnitt „Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin“ auf den Seiten 10 bis 11 des Basisprospekts ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin:

Die LBB hat ihren Sitz in Berlin und ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Gesellschaft kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Die LBB ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 Abs. 2, 3 des Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Berliner Sparkasse ist gemäß § 3 Abs. 1 des Berliner Sparkassengesetzes eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.

Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben und kann treuhänderische Aufgaben übernehmen. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs der Berliner Sparkasse. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten.

Die LBB hat gemäß § 3 Abs. 4, 5 des Berliner Sparkassengesetzes die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden und Girozentralen sein oder ihnen beitreten. Die LBB steht in ihrer Funktion als Träger der Berliner Sparkasse sowie als Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und Sparkassenverband unter der Aufsicht der Aufsichtsbehörde gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes.

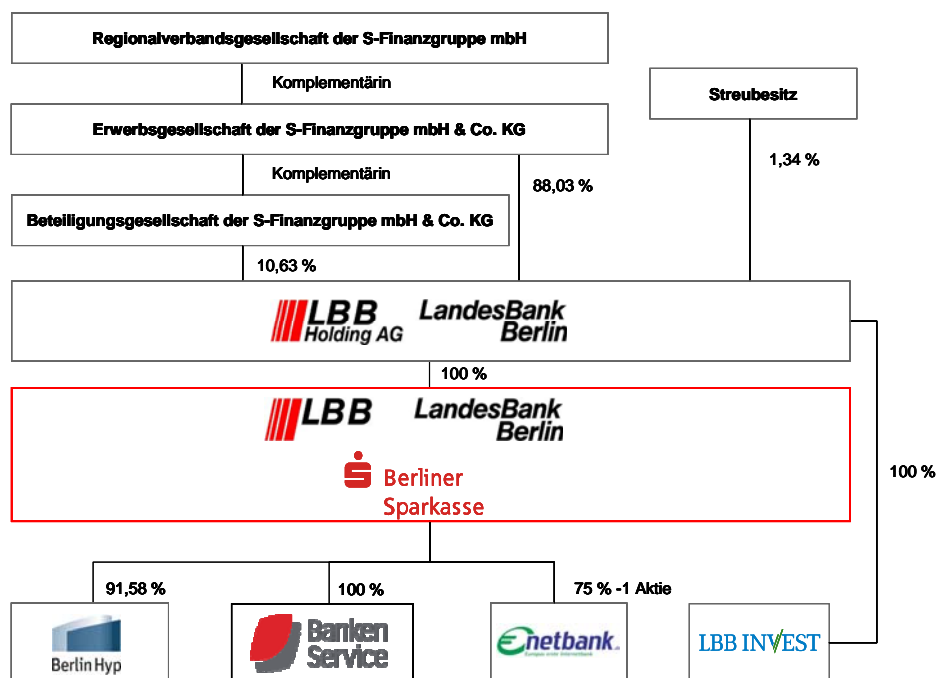
Die LBB unterhält eine Niederlassung in London und Luxemburg. Ferner unterhält sie über die Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, 30, Boulevard Royal L-2449 Luxemburg, einen Standort in Luxemburg. Sie emittiert Wertpapiere sowohl aus Berlin als auch aus der Landesbank Berlin Niederlassung London.

Wichtigster Markt der LBB ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg. In der Region Berlin-Brandenburg konnte die LBB ihre Marktposition im Retail-Geschäft festigen.

Gegenwärtige Konzernstruktur

Die LBB ist eine Tochter der Landesbank Berlin Holding AG (die „LBBH“). Die LBBH besitzt 100% der Anteile an der LBB. Die LBBH gehört zu 88,03% der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (die „Erwerbsgesellschaft“). Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist mit 10,63% der Anteile an der

LBBH beteiligt. 1,34% der Anteile befinden sich im Streubesitz.



Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern mit gleichen Rechten und Pflichten. Über die Bestellung, Abberufung und Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder beschließt der Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen.

Kapitalverhältnisse

Das Gezeichnete Kapital der LBB besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,-. Die Aktien lauten auf den Namen. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf EUR 1.200 Mio. Vorzugsrechte oder Beschränkungen auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der LBB nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Alleiniger Aktionär der LBB ist die LBBH.

Konzernabschluss gemäß IFRS:

Die LBB stellte zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2009 einen Konzernabschluss nach den Regelungen der IFRS auf, wie sie in der EU anzuwenden sind:

Zusammenfassung der Finanzdaten der Emittentin nach IFRS¹:

	2009 konsolidiert	2008 konsolidiert ²
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss	681	1.183
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	476	-344
Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern	343	114
Ergebnis nach Steuern	264	152
Bilanzsumme	142.362	144.236
Ausgewiesenes Eigenkapital	1.478	933

¹ Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Konzernabschluss der LBB vom 31. Dezember 2009 entnommen.

Jahresabschluss
gemäß HGB:

Die LBB stellte zum 31. Dezember 2009 einen Jahresabschluss nach den Regelungen
des HGB auf.

Zusammenfassung der
Finanzdaten der
Emittentin nach HGB
(Handelsgesetzbuch)³:

	2009	2008
	unkonsolidiert	unkonsolidiert
	in € Mio.	In € Mio.
Zinsüberschuss	877	1.125
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	43	-27
Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis) ⁴	196	45
Ergebnis vor Steuern ⁵	337	-57
Ergebnis nach Steuern ⁶	336	-51
Bilanzsumme	104.981	102.644
Ausgewiesenes Eigenkapital	2.857	2.845

² Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2009 wurden Korrekturen nach IAS 8.42 im Zusammenhang mit einer erfolgten Bilanzanpassung für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2008 vorgenommen.

³ Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Jahresabschluss der LBB vom 31. Dezember 2009 entnommen bzw. aus diesem abgeleitet.

⁴ Die Position „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ setzt sich aus den Positionen

- Zinsüberschuss
- Provisionsaufwendungen/-erträge
- Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- Personalaufwand
- andere Verwaltungsaufwendungen
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen
- Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft
- Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2009 zusammen.

⁵ Die Position „Ergebnis vor Steuern“ setzt sich aus dem „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ sowie den Positionen

- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere/Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren
- Außerordentliche Aufwendungen/Erträge
- Aufwendungen aus Verlustübernahme

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2009 zusammen.

⁶ Die Position „Ergebnis nach Steuern“ setzt sich aus Ergebnis vor Steuern und der Position

- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2009 zusammen.

2.

Im Abschnitt „Zusammenfassung“ wird der Abschnitt „Zusammenfassung der mit der Emittentin verbunden Risiken“ auf den Seiten 13 bis 15 des Basisprospekts ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken:

Die Emittentin ist allgemein im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung möglicherweise dazu führen kann, dass die Emittentin den Verpflichtungen im Rahmen von Emissionen von Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken: (Kreditrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken, Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken (Rechtsrisiken, IT-Risiken)
- Sonstige Risiken

Adressenausfallrisiken

Die LBB ist in ihrer Geschäftstätigkeit dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der LBB nicht nachkommen können. Obwohl die LBB ihre Kreditengagements und die entsprechenden Sicherheiten regelmäßig nach Kreditnehmern, Ländern und Branchen überprüft, können aufgrund von Ereignissen oder Umständen, die schwierig vorherzusehen oder zu erkennen sind oder die nicht vorherzusehen oder erkannt worden sind, Ausfälle eintreten.

Außerdem kann die LBB möglicherweise feststellen, dass eine Sicherheit z. B. als Folge von Marktentwicklungen, die den Wert der betreffenden Sicherheit mindern, zur Abdeckung des betreffenden Kreditengagements nicht ausreicht. Ein Ausfall eines bedeutenden Kreditnehmers der LBB oder der Wertverlust einer Sicherheit könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf den Geschäftsbetrieb der LBB, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB ihren derzeitigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen möglicherweise nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann, dass in einer Liquiditätskrise die Refinanzierung nur zu höheren Marktsätzen möglich ist (Refinanzierungsrisiko) oder dass Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Als Folge der Finanzmarktkrise ist die Situation an den Refinanzierungsmärkten weiterhin angespannt. Bei dauerhaftem Anhalten der Störungen an den Refinanzierungsmärkten sind auch Einschränkungen im geplanten Neugeschäft mit institutionellen Kunden nicht auszuschließen, um sicherzustellen, dass in der LBB auch auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr ausreichend Liquiditätsreserven vorhanden sind.

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten (inklusive Wertveränderungen) aus dem Portfolio der LBB direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

Operationelle Risiken

In der LBB wird das operationelle Risiko definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken in bezug auf das Risiko der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen oder gesetzlicher Bestimmungen ein.

Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und Rechtsverhältnissen

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte der LBB im Rahmen eines aufsichtsrechtlichen Schreibens mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. Das Risiko, dass die LBB einer Freistellungsverpflichtung ausgesetzt ist, würde sich realisieren, wenn einer der Komplementäre von dritter Seite in Anspruch genommen würde und ein Versuch des Rückgriffs des Komplementärs entgegen der zuvor beschriebenen Rechtsansicht erfolgreich wäre.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG („LBBH“) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der LBBH eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der LBBH als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch im Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Dies führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger aus Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften.

Klage einer Fondsgesellschaft

Die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ hat Klage auf Schadensersatz in Höhe von EUR 29,25 Mio. zuzüglich Zinsen gegen die Landesbank Berlin Holding AG („LBBH“), die LBB und die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der LBBH und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die LBBH und die LBB haben der BOB und der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe mbH (IBV) – letzterer als geschäftsführender Kommanditist der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die LBBH, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung müsste die LBB entsprechend Schadensersatz leisten.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und –

Prozesse resultieren.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen.

3.

Im Abschnitt „Risikofaktoren“ wird der Abschnitt „Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin“ auf den Seiten 25 bis 29 des Basisprospekts ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin

Die Leistungsfähigkeit der Emittentin ist ein wesentlicher Risikofaktor für die Erfüllung der Verpflichtungen aus Wertpapieren gegenüber potentiellen Anlegern. Daher werden im folgenden Abschnitt die Risikofaktoren beschrieben, die die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, beeinträchtigen könnten, mit der Folge, dass Investoren einen teilweisen oder vollständigen Ausfall im Hinblick auf ihre Zahlungsansprüche gegen die Emittentin erleiden könnten. Potentielle Investoren sollten diese Risikofaktoren vor einem Erwerb der Wertpapiere beachten.

Auswirkungen der Finanzkrise

Die krisenbedingt eingeschränkte Funktion der Refinanzierungsmärkte im Vorjahr war im ersten Halbjahr 2009 weiterhin zu beobachten. Mit Greifen der Hilfsmaßnahmen seitens der Notenbanken und der staatlichen Unterstützungssysteme für den Finanzsektor hat sich im weiteren Jahresverlauf diese Situation verbessert. Eine Normalisierung der Märkte kann jedoch keinesfalls konstatiert werden. Die Abhängigkeit des Gesamtmarkts vom Fortbestehen der Unterstützungssysteme ist deutlich. In diesem Umfeld besteht weiterhin ein Risiko, dass es zu Bewertungsverlusten (bei strukturierten Produkten, Verbriefungstransaktionen und insbesondere bei Finanzwerten) und Wertberichtigungen kommen kann.

Adressenausfallrisiken

Die LBB ist in ihrer Geschäftstätigkeit dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der LBB nicht nachkommen können. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner der LBB nicht oder nicht fristgerecht leistet oder die LBB selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist, sowie das Anteilseignerrisiko, das sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko). Entsprechend der Risikostrategie geht die LBB vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik ein. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im Ausland und den alten Bundesländern. Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

Obwohl die LBB ihre Kreditengagements und die entsprechenden Sicherheiten regelmäßig nach Kreditnehmern, Ländern und Branchen überprüft, können aufgrund von Ereignissen oder Umständen, die schwierig vorherzusehen oder zu erkennen sind oder die noch nicht vorhergesehen oder erkannt worden sind, Ausfälle eintreten.

Außerdem kann die LBB möglicherweise feststellen, dass eine Sicherheit z. B. als Folge von Marktentwicklungen, die den Wert der betreffenden Sicherheit mindern, zur Abdeckung des betreffenden Kreditengagements nicht ausreicht. Ein Ausfall eines bedeutenden Kreditnehmers der LBB könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf den Geschäftsbetrieb der LBB, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die LBB zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsbereitschaft). Es unterteilt sich in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Als Folge der Finanzmarktkrise ist die Situation an den Refinanzierungsmärkten weiterhin angespannt. Bei dauerhaftem Anhalten der Störungen an den Refinanzierungsmärkten sind auch Einschränkungen im geplanten Neugeschäft mit institutionellen Kunden nicht auszuschließen, um sicherzustellen, dass in der LBB auch auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr ausreichend Liquiditätsreserven vorhanden sind.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der LBB, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt verteilt zu ca. 80% im deutschen Raum. Die regionale Konzentration kann sich nachteilig auf die Refinanzierung auswirken und die wirtschaftliche Lage der Emittentin beeinträchtigen.

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienkursrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar.

Aktienkursrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Immobilienrisiken

Die LBB verfügt über ein Immobilienportfolio bestehend aus Objekten, welche die Bank selbst oder über Tochterunternehmen hält. Hinzu kommen Finance-Lease Objekte sowie Objekte in Fonds, an welchen die Bank beteiligt ist.

Dieses Immobilienportfolio unterliegt der Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Operationelle Risiken

In der LBB wird das operationelle Risiko definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Dies schließt Rechtsrisiken ein, die aus der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen oder gesetzlicher Bestimmungen resultieren, insbesondere bei Rechtsänderungen aufgrund neuer Rechtsvorschriften oder einer Änderung der Rechtsprechung. Dies umfasst das Risiko von Verstößen aufgrund mangelnder Vertragsüberwachung, mangelnder Informationsbeschaffung oder -verarbeitung, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation) oder nicht zeitgerechter Umsetzung. Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und –Prozesse resultieren.

Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und Rechtsverhältnissen

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte der LBB im Rahmen eines aufsichtsrechtlichen Schreibens mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. Das Risiko, dass die LBB einer Freistellungsverpflichtung ausgesetzt ist, würde sich realisieren, wenn einer der Komplementäre von dritter Seite in Anspruch genommen würde und ein Versuch des Rückgriffs des Komplementärs entgegen der zuvor beschriebenen Rechtsansicht erfolgreich wäre.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Die führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger auf Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften.

Klage einer Fondsgesellschaft

Die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ hat Klage auf Schadensersatz in Höhe von EUR 29,25 Mio. gegen die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH), die LBB und die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die LBBH und die LBB haben der BOB und der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe mbH (IBV) – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die LBBH, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung muss die LBB entsprechend Schadensersatz leisten.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und –Prozesse resultieren.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen.

4.

Der Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ auf den Seiten 81 bis 90 des Basisprospekts wird ersetzt durch folgenden neuen Abschnitt:

Beschreibung der Landesbank Berlin AG

Gründung, Firma und Sitz

Die Wurzeln der Landesbank Berlin AG gehen auf das Jahr 1818 zurück, als in Berlin die erste öffentliche Sparkasse Preußens (die „Berliner Sparkasse“) gegründet wurde. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte im Jahr 1948 nach vorübergehender Einstellung der Geschäftstätigkeit eine institutionelle Trennung in die „Sparkasse der Stadt Berlin West“ im Westteil und in die „Sparkasse der Stadt Berlin“ im Ostteil. In der Folge der deutschen Wiedervereinigung begann für die Sparkassen in Berlin ein neuer Zeitabschnitt. Am 27. September 1990 wurde das Gesetz über die Errichtung der Landesbank Berlin -Girozentrale- vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen und trat am 1. Oktober 1990 in Kraft. Die „Sparkasse der Stadt Berlin West“ und die „Sparkasse der Stadt Berlin“ wurden daraufhin im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin überführt. Seit dem 1. Januar 1994 gehörte die Landesbank Berlin der zu diesem Zeitpunkt neu gegründeten Bankgesellschaft Berlin AG als Tochtergesellschaft an. Aufgrund des „Gesetzes über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin -Girozentrale- in eine Aktiengesellschaft“ vom 28. Juni 2005 (Berliner Sparkassengesetz) wurde die Landesbank Berlin am 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft nach deutschem Aktiengesetz umgewandelt. Gleichzeitig hat das Land Berlin die Landesbank Berlin AG mit der Trägerschaft für die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse beliehen. Die Berliner Sparkasse wird nun als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Am 14. Juli 2006 beschloss die Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG die Zusammenführung des Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG. Am 29. August 2006 erfolgte die Eintragung der Hauptversammlungsbeschlüsse in das Handelsregister. Damit wurde die neue Konzernstruktur rechtlich wirksam. Die Bankgesellschaft Berlin AG firmiert seit dem Tage der Eintragung unter „Landesbank Berlin Holding AG“. Im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages zwischen der Landesbank Berlin Holding AG (auch „Holding“ oder „LBBH“) und der Landesbank Berlin AG vom 29. Mai 2006 sind die operativen Tätigkeiten der Holding, bis auf wenige Ausnahmen, in der Landesbank Berlin AG gebündelt worden. Dabei wurde nahezu der gesamte Geschäftsbetrieb der Holding im Wege der Gesamtrechtsnachfolge wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Die Emittentin ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB auf die LBBH übertragen.

Die Landesbank Berlin AG hat ihren Sitz in Berlin. Die Geschäftsadresse des Unternehmens ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Tel. ist +49 30/869 801. Die Landesbank Berlin AG ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen. Der juristische Name des Unternehmens ist „Landesbank Berlin AG“, der kommerzielle Name ist „Landesbank Berlin“ und „LBB“. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Landesbank Berlin AG unterliegt der Aufsicht und Regulierung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und durch die Deutsche Bundesbank aufgrund des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (in der aktuellen Fassung).

Wichtigster Markt der Landesbank Berlin AG ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg. In der Region Berlin-Brandenburg konnte die Landesbank Berlin ihre Marktposition im Retail-Geschäft festigen.

Berlin und Brandenburg bilden mit ca. 6 Millionen Einwohnern und einer Fläche von über 30.000 km² eine gemeinsame Wirtschaftsregion. Berlin ist eine hochverdichtete Metropole mit einem stark wachsenden Dienstleistungsgewerbe, einer dichten und vielseitigen Wissenschaftslandschaft und einem Funktionszuwachs als Bundeshauptstadt. Die Wirtschaftsstruktur Berlins wird von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt. Traditionell stark vertreten sind neben der Elektroindustrie die Sparten Nahrungsmittel, Maschinenbau, Chemie sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. Neben Bau und Handwerk, die meist kleinbetrieblich arbeiten, haben auch Handel und Service ein großes Gewicht. Einschließlich Handel, Banken und Versicherungen sowie Verkehr und Nachrichten arbeiten über 50 Prozent der Beschäftigten Berlins im privaten Dienstleistungssektor. In den letzten zehn Jahren sind dort mehr als 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Ihre Gesamtzahl ist inzwischen auf rund 750.000 angestiegen. Brandenburg ist für mitteleuropäische Verhältnisse ein dünn besiedeltes Flächenland mit einer Reihe von regionalen Entwicklungszentren, einem an Berlin angrenzenden Verflechtungsraum mit einer guten Infrastruktur und beachtlichen Ansätzen in den Branchen Medien/IT und Biotechnologie. Damit bietet Brandenburg hervorragende Standorte für flächenintensive Ansiedlungen. Innovative Wirtschaftszweige und Technologien wie Umwelttechnik, Biotechnologie und Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologie haben ihren Platz in Brandenburg gefunden. Traditionell ansässige Branchen wie die Metallindustrie, Luftfahrttechnik und Raumfahrtindustrie, Automotive/Automobilindustrie, Ernährungsindustrie, Chemie, Optik, Film und Holzwirtschaft wurden im Kern erhalten und an den modernen Erfordernissen des globalen Wettbewerbs ausgerichtet.

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, wird bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie es aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte - keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unrichtig oder irreführend gestalten würden.

Die vorstehenden Informationen zu Berlin und Brandenburg sind den Internetseiten www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/wirtschaft/berliner_wirtschaft.de.html, www.mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.171274.de und www.brandenburg.de/de/wirtschaft entnommen.

Geschäftsüberblick

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens der Landesbank Berlin AG (auch „LBB“) ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die LBB kann diesen Geschäftszweck selbst oder durch Tochtergesellschaften und Beteiligungen erreichen. Die LBB kann Zweigstellen unter dem Namen „Berliner Sparkasse“ errichten. Die LBB ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 (2) und § 3 (3) Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Berliner Sparkasse ist, gemäß § 3 (1) des Berliner Sparkassengesetzes, eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter der Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten.

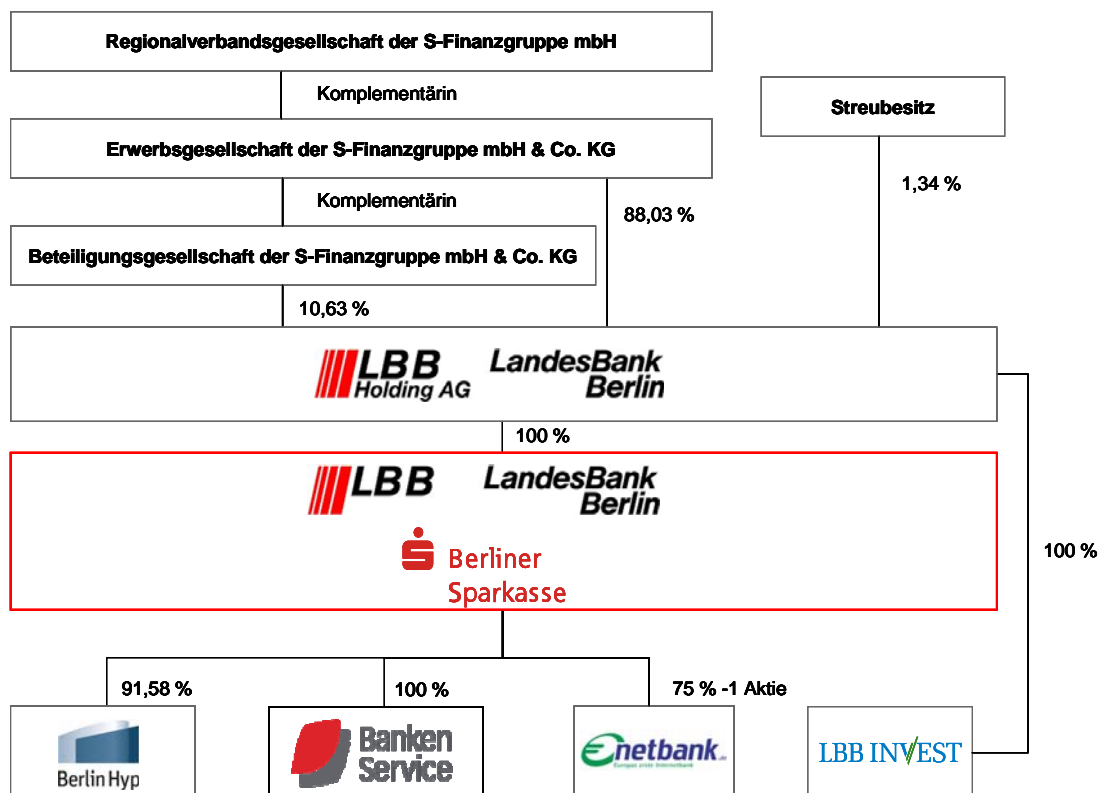
Gemäß § 3 (4) und (5) des Berliner Sparkassengesetzes hat die Landesbank Berlin AG als Träger der Berliner Sparkasse die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Die Hauptaufgabe der Landesbank Berlin als Sparkassenzentralbank ist die Liquiditätsversorgung der Berliner Sparkasse und die Abwicklung möglicher Kapitalmarktdienstleistungen. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden und Girozentralen sein oder ihnen beitreten. In ihrer Aufgabe als Träger der Berliner Sparkasse und als Landesbank (-Girozentrale-) und Sparkassenverband unterliegt die Landesbank Berlin AG der Aufsicht, gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes, unter der Aufsicht der für das Kreditwesen zuständigen Senatsverwaltung.

Organisationsstruktur

Die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Die LBBH hat ihren Sitz in Berlin. Geschäftsadresse ist Alexanderplatz 2, D-10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Die LBBH ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg/Berlin unter der Reg.Nr. HRB 527 B eingetragen.

Die Landesbank Berlin AG ist eine 100% prozentige Tochter der LBBH. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.

Die LBB hält die wichtigsten strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Ferner unterhält sie über die Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, 30, Boulevard Royal L-2449 Luxemburg, einen Standort in Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die LBBH übertragen.



Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapital-

markt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des BankenService und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.908 am 31. Dezember 2009 leicht über dem Vorjahreswert von 5.900.

Privatkundengeschäft

Unter der Marke „Berliner Sparkasse“ betreibt der Konzern in Berlin das Geschäft mit privaten Kunden. Geschäftsziel des Privatkundengeschäfts ist es, Kunden in der Kernregion Berlin mittels Produkten und Dienstleistungen für den Zahlungsverkehr, die Geldanlage, die Finanzierung und die Vorsorge universell mit zielgerichteten Lösungen zu versorgen. Überregional betreibt der Konzern darüber hinaus das Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern und das Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Direktbankgeschäft ist der Konzern über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG aktiv.

Firmenkundengeschäft

Das Firmenkundengeschäft umfasst das Geschäft mit Gewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen sowie mit der öffentlichen Hand. Kernmarkt ist die Region Berlin-Brandenburg. Die Kundenbetreuung erfolgt im Markenverbund „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“. Im Firmenkundensegment werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft klassische Bankdienstleistungen für Gewerbetreibende und für den Mittelstand angeboten. Zudem offeriert die LBB Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie weitere Finanzierungslösungen. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch Leistungen für das Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratung und Begleitung bei Unternehmensgründungen und –nachfolgen.

Kapitalmarktgeschäft

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft (KMG) umfasst die Tätigkeitsbereiche „Client Business“ (weiter unterteilt in die Bereiche „Client Distribution“ und „Client Production“), „Treasury und Trading“ und „Internationales Geschäft“ sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Landesbank Berlin Holding AG an der LBB-INVEST.

„Client Business“ konzipiert („Client Production“) und vertreibt („Client Distribution“) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren.

„Treasury und Trading“ steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

„Internationales Geschäft“ konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedekte und ungedeckte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsge-

schäft sowie das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Immobilienfinanzierung

Im strategischen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp sowohl im Vertrieb als auch in der Marktfolge in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften sowie Developer. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten.

Aktuelle Entwicklungen

Die weltweite Krise der Kapital- und Finanzmärkte ist entschärft, aber nicht bewältigt. Die private Investitionstätigkeit bleibt zunächst noch gedämpft und auch der Konsum entwickelt sich in den Regionen der Weltwirtschaft, die vormalig hohe Einfuhrüberhänge aufwiesen, schwach. Insgesamt wird es damit nur zu einer langsamen Erholung kommen.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bleiben die Ertragschancen aus der Fristentransformation bei vergleichsweise steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Zudem dürften die Belastungen durch Kreditausfälle zunehmen, je länger die gesamtwirtschaftliche Schwächephase dauert. Diese Konstellation würde mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, wobei auch die Diskussionen um höhere Eigenkapitalanforderungen eine zusätzliche Belastung darstellen könnten. Folglich ist es nach Einschätzung der LBB möglich, dass sich am deutschen Bankenmarkt die Tendenz zur Bilanzverkürzung fortsetzt und der Druck zur Konsolidierung weiter anhält.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Gemäß der Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Vorstand aus mindestens drei Personen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Der Vorstand berichtet regelmäßig an den Aufsichtsrat, besonders über die vorgeschlagene Geschäftspolitik und –strategie, die Ertragskraft und das laufende Geschäft der Landesbank Berlin ebenso wie über jede außergewöhnliche Angelegenheit. Aktuell setzt sich der Vorstand aus sechs Personen zusammen.

Die folgende Übersicht zeigt die derzeitigen Mitglieder des Vorstands, die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche und weitere bedeutende Mandate der Vorstandsmitglieder außerhalb der Landesbank Berlin AG.

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender
Unternehmensentwicklung und Recht, Revision, Personal
Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG (ab 1. Juli 2009)
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- Netbank AG, Hamburg

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover,
Berlin/Hannover
Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Limited, London
Mitglied des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

Serge Demolière

Kapitalmarktgeschäft
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Börse Berlin AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
- RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- LBB Finance (Ireland) plc., Dublin
- LBB Reinsurance Ltd., Dublin
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

Hans Jürgen Kulartz

Firmenkunden
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- netbank AG
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co.,
Bremen
- Deutsche Sparkassenleasing AG&Co. KG, Bad Homburg
v.d.H.
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover,
Berlin/Hannover
- LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats der
- DKL B Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentli-
chen Rechts, Berlin

Martin K. Müller

Risiko und Controlling, Kredit, Risikobetreuung, Compliance,
Bankenservice GmbH
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank
Berlin, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH

Patrick Tessmann

Privatkunden
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Dr. Thomas Veit

Finanzen, Immobilienfinanzierung, Organisation, Informationstechno-
logie
Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Aufsichtsrats der
- FinanzIT GmbH, Hannover
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Atos Wordline Processing GmbH, Frankfurt am Main
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien, Berlin

Geschäftsadresse des Vorstands

Die Geschäftsadresse des Vorstands ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Aufsichtsrat

Gemäß Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptzuständigkeit des Aufsichtsrats ist die Beratung des Vorstands und die Kontrolle der Geschäftsführung der Landesbank Berlin.

Momentan setzt sich der Aufsichtsrat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Heinrich Haasis Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
Bärbel Wulff* Stellv. Vorsitzende	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Heiko Barten*	Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Gerhard Grandke	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
Artur Grzesiek	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Köln/Bonn
Sabine Hentschel-Vélez Garzón*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
Gerald Herrmann*	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di Bundesverwaltung Berlin
Jürgen Hilse	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
Michael Jänichen*	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
Peter Mohr*	Kundenbetreuer VermögensanlageCenter der Landesbank Berlin AG
Wolfgang Pansegrau*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

* Arbeitnehmervertreter

Geschäftsadresse des Aufsichtsrats

Die Geschäftsadresse des Aufsichtsrats ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Interessenkonflikte

Es bestehen keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstandes gegenüber der Emittentin und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

Hauptanteilseigner

Die Landesbank Berlin AG ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG.

Finanzinformationen der Landesbank Berlin

Die Erstellung der Konzernabschlüsse der Emittentin für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 erfolgte in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Die Erstellung des Jahresabschlusses der Emittentin für das Geschäftsjahr 2009 erfolgte in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Emittentin.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Sitz Olof-Palme-Str. 35, 60439 Frankfurt am Main, hat die Konzernabschlüsse für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2008 und für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2009 sowie den Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2009 auf Übereinstimmung mit den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

Der Konzernabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2008 sowie der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers, der Bestandteil des Basisprospekts der Emittentin vom 22. Juli 2008 (unter Einschluss der diesbezüglichen Nachträge Nr. 1 vom 1. September 2008, Nr. 2 vom 24. November 2008, Nr. 3 vom 2. April 2009, Nr. 4 vom 11. Mai 2009 und Nr. 5 vom 24. Juni 2009) ist, wird an dieser Stelle durch Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen (näheres siehe Abschnitt "Einbeziehung per Verweis").

Der Konzernabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2009 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist in Nachtrag Nr. 2 vom 28. April 2010 zum Basisprospekt vom 2. Juli 2009 in Abschnitt II.1 wiedergegeben.

Der Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2009 und der diesbezügliche Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ist in Nachtrag Nr. 2 vom 28. April 2010 zum Basisprospekt vom 2. Juli 2009 in Abschnitt II.2 wiedergegeben.

Gerichts- und Schiedsverfahren

Klage einer Fondsgesellschaft Die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ hat Klage auf Schadensersatz in Höhe von EUR 29,25 Mio. gegen die LBBH, die LBB und die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der LBBH und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die LBBH und die LBB haben der BOB und der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe mbH (IBV) – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die LBBH, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt.

Wesentliche Verträge

Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft)

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. Pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Im Vorfeld des zwischenzeitlich erfolgten und mit Durchführung des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen.

II.

1.

**Konzernabschluss 2009 der Landesbank Berlin AG und
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Jahresabschluss des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Gewinn- und Verlustrechnung

	Notes	1.1. - 31.12.2009 Mio. €	1.1. - ¹⁾ 31.12.2008 Mio. €	Veränderung	
				Mio. €	in %
Zinsüberschuss	21	866	1.246	-380	-30
Zinserträge		4.685	6.919	-2.234	-32
Zinsaufwendungen		3.819	5.673	-1.854	-33
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	185	63	122	> 100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		681	1.183	-502	-42
Provisionsüberschuss	23	236	302	-66	-22
Provisionserträge		348	439	-91	-21
Provisionsaufwendungen		112	137	-25	-18
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-15	-18	3	17
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	476	-344	820	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-97	-308	211	69
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	-4	-18	14	78
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	39	242	-203	-84
Verwaltungsaufwendungen	29	965	937	28	3
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		351	102	249	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	-8	12	-20	< -100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern		343	114	229	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	79	-38	117	> 100
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		264	152	112	74
Erträge aus Verlustübernahmen		0	39	-39	-100
Abgeführte Gewinne		272	0	272	x
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		-8	191	-199	< -100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		11	15	-4	-27
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		-19	176	-195	< -100

1) Vorjahreszahlen angepasst

Ergebnis je Aktie

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008 ¹⁾	Veränderung
			in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	-19	176	< -100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	1.200.000.000	1.200.000.000	0
Gewinn je Aktie (€)	-0,02	0,15	< -100

1) Vorjahreszahlen angepasst

Gesamtergebnis der Periode

	1.1. -	1.1. -	Veränderung	
	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Mio. €	in %
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	-8	191	-199	< -100
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	616	-479	1.095	> 100
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	19	288	-269	-93
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow -Hedges	-18	-138	120	87
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	18	5	13	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	-34	29	-63	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	11	-7	18	> 100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile ²⁾	2	(0)	2	x
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	54	-30	84	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow -Hedges	-6	0	-6	x
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	5	2	3	> 100
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	0	1	x
Erfolgsneutrales Ergebnis ³⁾	523	-567	1.090	> 100
Gesamtergebnis der Periode	515	-376	891	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	16	11	5	45
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	11	15	-4	-27
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	5	-4	9	> 100
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	499	-387	886	> 100

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) Berücksichtigung dieser Veränderung ab ersten Quartal 2009 gemäß IAS 1.82 im erfolgsneutralen Ergebnis; zuvor in den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals enthalten (Angabe Vorjahreszahlen nachrichtlich)

3) einschließlich Anteile im Fremdbesitz, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2009

Aktiva	Notes	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung		01.01.2008
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
Barreserve	8, 33	1.342	1.727	-385	-22	986
Forderungen an Kreditinstitute	7, 34	22.236	22.333	-97	0	26.514
Forderungen an Kunden	7, 35	48.590	47.493	1.097	2	47.026
Risikovorsorge	7, 36	-1.116	-1.245	129	10	-1.411
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 37	983	749	234	31	397
Erfolgswirksam zum Zeitpunkt bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	7, 38	17.476	18.228	-752	-4	13.637
Finanzanlagen	7, 39	48.657	50.436	-1.779	-4	50.696
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	194	192	2	1	129
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	83	78	5	6	117
Sachanlagen	11, 12, 42	569	578	-9	-2	583
Investment Properties	14, 43	86	65	21	32	82
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	17, 44	17	20	-3	-15	18
Latente Ertragsteueransprüche	17, 44	192	290	-98	-34	210
Sonstige Aktiva	45	3.040	3.221	-181	-6	1.913
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	15, 46	13	71	-58	-82	66
Gesamt		142.362	144.236	-1.874	-1	140.963

1) Vorjahreszahlen angepasst

Passiva	Notes	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung		01.01.2008
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7, 47	41.157	45.950	-4.793	-10	50.686
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7, 48	35.476	32.783	2.693	8	29.673
Verbriefte Verbindlichkeiten	7, 49	28.657	29.826	-1.169	-4	30.517
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 50	1.624	1.340	284	21	985
Erfolgswirksam zum Zeitpunkt bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	7, 51	28.103	27.101	1.002	4	21.893
Rückstellungen	16, 52	1.186	1.147	39	3	1.259
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	27	29	-2	-7	56
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	12	5	7	> 100	5
Sonstige Passiva	54	2.098	1.902	196	10	1.014
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	55	0	83	-83	-100	1
Nachrangkapital	18, 56	2.544	3.137	-593	-19	3.163
davon: Stille Einlagen		700	687	13	2	700
Eigenkapital	19, 57	1.478	933	545	58	1.711
Gezeichnetes Kapital	19, 57	1.200	1.200	0	0	1.200
Kapitalrücklage	19, 57	930	929	1	0	930
Gewinnrücklagen	19, 57	-485	-434	-51	-12	-603
Rücklage aus Währungsumrechnung	19, 57	1	-9	10	> 100	-2
Neubewertungsrücklagen	19, 57	-267	-813	546	67	-230
Anteile im Fremdbesitz	19, 57	99	60	39	65	416
Gesamt		142.362	144.236	-1.874	-1	140.963

1) Vorjahreszahlen angepasst

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Rücklage aus Währungs- umrechnung	Neu- bewertungs- rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz- gewinn / -verlust	Eigen- kapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2007		1.200	930	-628	-2	-230	416	0	1.686
Anpassungen gemäß IAS 8	58			25					25
Eigenkapital zum 31.12.2007 angepasst		1.200	930	-603	-2	-230	416	0	1.711
Konzernüberschuss							15	161	176
Erfasste Erträge und Aufwendungen				27	-7	-583	-4		-567
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5		1	125			367 ¹⁾	161 ²⁾	404
Eigenkapital zum 31.12.2008	19, 57	1.200	929	-451	-9	-813	60	0	916

¹⁾ darunter aus Entkonsolidierungen: -187 Mio.

€ Albatros Select Fund, -68 Mio. € Keppler Global Value, -116 Mio. € Lingohr Alpha, + 15 Mio. € Keppler Global Alpha/Vermögensstruktur Chance

²⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Rücklage aus Währungs- umrechnung	Neu- bewertungs- rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz- gewinn / -verlust	Eigen- kapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2008	19, 57	1.200	929	-451	-9	-813	60	0	916
Anpassungen gemäß IAS 8				17					17
Eigenkapital zum 31.12.2008 (angepasst)		1.200	929	-434	-9	-813	60	0	933
Konzernüberschuss	32						11	-19	-8
Erfasste Erträge und Aufwendungen				-38	10	546	5		523
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5		1	-13			23	19 ¹⁾	30
Eigenkapital zum 31.12.2009	19, 57	1.200	930	-485	1	-267	99	0	1.478

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

in Mio. €	Notes	2009	2008 ¹⁾
Konzernjahresüberschuss		265	191
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26	318	419
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	52	128	43
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-704	498
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	-269	-132
Zinsüberschuss	22	-867	-1.246
Sonstige Anpassungen (per Saldo)		-404	-617
Zwischensumme		-1.533	-844
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	-57	4.081
Forderungen an Kunden	35	-1.322	-633
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	1.818	-5.779
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-101	-1.323
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-9.911	-10.967
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		12.072	11.297
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-4.632	-4.654
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	2.699	3.157
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-1.024	-709
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	729	5.105
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		178	977
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.774	6.986
Gezahlte Zinsen		-3.741	-5.873
Ertragsteuerzahlungen		-23	-37
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-74	784
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	208	87
Sachanlagen	42	1	33
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	1
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-1	-23
Sachanlagen	42	-25	-34
Immateriellen Vermögenswerten	41	-26	-14
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenden Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenden Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		157	50
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen		0	0
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	56	606	170
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	56	-1.074	-263
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-468	-93
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode		1.727	986
Cashflow aus operativer Tätigkeit		-74	784
Cashflow aus Investitionstätigkeit		157	50
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-468	-93
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode		1.342	1.727

1) Vorjahreszahlen angepasst

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassembestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin AG (im Folgenden „LBB“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der börsennotierten und berichtspflichtigen Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Infolge des Erwerbs der Holding durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) formierte sich im Jahr 2007 die Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, als oberste Konzerngesellschaft.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2009 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2009 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Eine Übersicht aller angewandten Standards ist in der nachfolgenden Note enthalten.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

2 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern grundsätzlich alle gültigen und zum Stichtag verpflichtend anzuwendenden Standards. Der Konzernabschluss 2009 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und den folgenden relevanten IAS/IFRS:

Norm	Titel	Stand/letzte Änderung	Tag der Erst- anwendung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	rev. 2007 / 14.2.2008	1.1.2009
IAS 7	Kapitalflussrechnungen	rev. 1992 / Dez. 1992	1.1.1994
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 12	Ertragsteuern	rev. 2000 / Okt. 2000	1.1.2001
IAS 16	Sachanlagen	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 17	Leasingverhältnisse	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 18	Erträge	rev. 1993 / Dez. 1998	1.1.2001
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	rev. 2002 / 16.12.2004	1.1.2005
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	rev. 2003 / 15.12.2005	1.1.2006
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unterneh- men und Personen	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	rev. 2008 / 22.5.2008	1.1.2009
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 31	Anteile an Joint Ventures	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	rev. 2008 / 14.2.2008	1.1.2009
IAS 33	Ergebnis je Aktie	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005

IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten	rev. 2004 / 31.3.2004	31.3.2004
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	1998 / Sep. 1998	1.7.1999
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte	rev. 2004 / 31.3.2004	31.3.2004
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	rev. 2004 / 27.11.2008	1.7.2008
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	rev. 2003 / 18.12.2003	1.1.2005
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	rev. 2004 / 31.3.2004	31.3.2004
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	2004 / 31.3.2004	1.1.2005
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	18.8.2005/ 5.3.2009	1.1.2007 / 1.1.2009
IFRS 8	Geschäftssegmente	2006 / 30.11.2006	1.1.2009

Soweit Standardänderungen aus den Improvements IFRSs Mai 2008 sowie April 2009 resultieren und diese verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden waren, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, wurden diese berücksichtigt; eine vorzeitige Anwendung dieser Standardänderungen erfolgt nicht. Materielle Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns resultieren aus den im Geschäftsjahr erstmals angewandten Improvements IFRSs nicht. Die zukünftig verpflichtend anzuwendenden Improvements IFRSs werden keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Die Standards IAS 2, 11, 20, 23, 26, 29, 34, und 41 sowie IFRS 1, 2, 4 und 6 waren für den Konzern nicht einschlägig und wurden daher im Konzernabschluss nicht angewendet.

Losgelöst von den Standardänderungen aus den Improvements IFRSs waren folgende Standardänderungen zum Stichtag noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren künftige Anwendung wird keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben:

Norm	Titel	Stand/letzte Änderung	Tag der Erst-anwendung	Geplante Erstanwendung im Konzern
IAS 27	Amendments to IAS 27 Consolidated and Separate Financial Statements	rev. 2008; 10.1.2008	1.7.2009	1.1.2010
IAS 32	Amendments to IAS 32 Financial Instruments: Presentations Classification of Rights Issues	rev. 2008; 8.10.2009	1.2.2010	1.1.2011
IAS 39	Amendments to IAS 39 Financial Instruments: Recognition and Measurement: Eligible Hedged Items	rev. 2004; 3.8.2008	1.7.2009	1.1.2010
IFRS 3	Revised IFRS 3 Business Combinations	rev. 2008; 10.1.2008	1.7.2009	1.1.2010

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet:

Norm	Titel	Bezug	Stand	Tag der Erst-anwendung
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 27	Nov. 1998 / Nov. 2004	1.1.2005
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17	Dez. 1998 / Sept. 2007	1.1.2009
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12	Juli 2000 / Sept. 2007	1.1.2009
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12	Juli 2000 / Sept. 2007	1.1.2009

SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18	Dez. 2001 / Sept. 2007	1.1.2009
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	IAS 17	2.12.2004 / 30.11.2006	1.1.2008
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	IAS 39	1.3.2006	1.6.2006
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	IAS 34, 36, 39	20.7.2006 / 6.9.2007	1.1.2009
IFRIC 13	Kundenbindungsprogramme	IAS 8, 18, 37	28.6.2007	1.7.2008

Die Interpretationen SIC-7, 10, 13, 29, 31 und 32 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 5-7, 12 und 14-18 waren für den Konzern nicht einschlägig beziehungsweise noch nicht anzuwenden und wurden daher im Konzernabschluss nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2009 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 2	Kapitalflussrechnung
DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3	Segmentberichterstattung
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5-10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung
DRS 15a	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht
DRS 17	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den neuen Standard IFRS 9 – Financial Instruments. Der neu veröffentlichte Standard ist der erste Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2013 oder später beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist grundsätzlich zulässig.

Die Übernahme des neuen Standards in EU-Recht (Endorsement) wurde vom Jahr 2009 auf das Jahr 2010 verschoben, vor der Übernahme in EU-Recht ist eine Erstanwendung innerhalb des EU-Raumes nicht zulässig.

Die Bank verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 und wird sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vorbereiten. Da es sich um grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardänderungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ nicht abschätzbar.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss 2009 der LBB steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsentscheidungen, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) ausgeführt.

Nach der extremen Marktsituation des Geschäftsjahres 2008 existierten im Jahr 2009 nur noch wenige Finanzinstrumente, bei denen zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73) konnte.

Der Fair Value-Bewertungshierarchie des IAS 39 folgend, musste in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen werden (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Die der Bewertung dieser Finanzinstrumente zugrunde liegenden angemessenen Bewertungsmodelle und deren Parametrisierung führen zu einer realistischeren Berechnung des Fair Values.

Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Bei den vorliegenden nicht aktiven Märkten erfolgt die Berechnung auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrumentspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps oder eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertver-

fahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 7.3), die Rückstellungen (Note 16) und die latenten Steuern (Note 17).

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 erfolgte für vom Konzern genutzte Finance Lease - Immobilien eine Neueinschätzung der Wahrscheinlichkeit der Ausübung von Andienungs- und Erwerbsrechten. Die Auswirkungen der Änderungen werden prospektiv erfolgswirksam in zukünftigen Perioden erfasst (IAS 8.36). Zum Stichtag 31. Dezember 2009 erfolgte eine erfolgswirksame Anpassung der Grundstücksbuchwerte und Leasingverbindlichkeiten gemäß IAS 8.37 in Höhe von 17 Mio. €.

Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Zahlungen in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Erfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR

nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2008 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Seit dem Zwischenbericht zum 30. Juni 2009 werden die Regeln des geänderten IAS 1 (revised 2007) umgesetzt. In diesem Zusammenhang wird nunmehr eine Gesamtergebnisrechnung dargestellt, welche neben der Gewinn- und Verlustrechnung auch erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen umfasst. Eine Beschreibung der im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendung ist somit entbehrlich.

Die extreme Marktsituation, die seit 2008 vorlag, hat sich im Laufe des Berichtsjahrs deutlich entspannt. An den Märkten konnte eine höhere Aktivität beobachtet werden. Das zeigte sich unter anderem in gestiegener Emissionstätigkeit, höheren Umsätzen und belastbareren Quotierungen. Dadurch konnten Finanzinstrumente, für die bislang keine belastbaren Quotierungen erhältlich waren, mit Marktpreisen (Quotierungen externer Anbieter) bewertet werden. Es blieben jedoch Finanzinstrumente übrig, für die zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden konnte (IAS 39.AG71-73).

Die Credit Spreads, die für die Bewertung verwendet wurden, wurden ständig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst.

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2009 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2008 vorgenommen. Eine detaillierte

Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 58) dieses Berichts.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der LBB wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden.

29 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 6 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden Wertkriterien wie Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 67) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden

ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2009 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2009 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Ver-

luste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2009 sind neben der Landesbank Berlin AG 98 Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste ersichtlich. Die Veränderungen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt dar:

	31.12.2008	Zugänge	Abgänge	31.12.2009
Tochterunternehmen	19	0	1	18
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	11	0	1	10
weitere SIC-12-Gesellschaften	70	1	1	70
Gesamt	100	1	3	98

Im November 2009 erhöhte die Berlin Hyp ihr Grundkapital um 84,9 Mio. € auf 658,3 Mio. €. Durch Partizipation der Landesbank Berlin AG an der Kapitalerhöhung stieg deren Anteilsquote an der Berlin Hyp von 90,38 % auf 91,58 %.

Zugänge zum Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2008 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

Zugänge	
RR II R-11804, City of Wilmington/Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Bond Programms

Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis

Abgänge	
ABN AMRO EMMA INKA, Düsseldorf	Schließung des Spezialfonds
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i.L., Berlin	Diese Gesellschaft wird nur noch als Beteiligung ausgewiesen.
RR II R-11295, City of Wilmington/Delaware	Auflösung im Rahmen des Tender Option Bond Programms

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank. Seine Geschäftsaktivitäten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftssegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** betrug das operative Ergebnis im Berichtsjahr 73 Mio. € und lag damit um 52 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 125 Mio. €.

Der Zinsüberschuss lag mit 357 Mio. € um 2 % beziehungsweise 8 Mio. € unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes. Dabei ist zu beachten, dass im Jahr 2008 Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters Visa in Höhe von 19 Mio. € enthalten gewesen waren. Positive Effekte im Jahr 2009 resultierten insbesondere aus dem Drittkartengeschäft und der Absatzfinanzierung.

Das Stichtagsvolumen der Landesbank Berlin AG, insbesondere der Einlagen, wuchs im Segment Private Kunden zum Stichtag 31. Dezember 2009 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 6 %. Der Anstieg ist auch Folge der Finanzmarktkrise, weil das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Kunden zu Einlagenzuflüssen an die Berliner Sparkasse führte. Gleichzeitig stieg das Stichtagsvolumen der Allzweckdarlehen um 7 % im Vergleich zum Vorjahresendbestand. Im Jahr 2009 war zudem der Erfolg der neuen Produktpalette bei Privatgirokonten deutlich spürbar: Per 31. Dezember 2009 wurde bereits ein Bestand von mehr als 483.000 Konten in den neuen Kontomodellen verzeichnet.

Der Provisionsüberschuss lag 2009 mit 201 Mio. € um 1 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Während der Ertrag im Kartengeschäft um 9 Mio. € gesteigert wurde, lag der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft aufgrund starker Zurückhaltung der Anleger um 7 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Vom schwierigen Marktumfeld profitierte weiterhin erheblich der Absatz eigener Schuldverschreibungen. Der Bestand erhöhte sich bei der Landesbank Berlin AG um 71 % auf 628 Mio. €. Der Absatz von Personen-Versicherungsprodukten blieb um 35 Mio. € unter dem guten Vorjahresniveau. Dies konnte durch den erhöhten Absatz von Sachversicherungen kompensiert werden (+ 75 Mio. €). Insgesamt betrug die nettopolicierte Beitragssumme im Berichtszeitraum 334 Mio. € und lag damit 40 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) konnte die LBB im Vergleich zum 31. Dezember 2008 sowohl bei den Provisionserträgen als auch bei den Kreditkartenkonten (+ 6 %) wachsen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 60 Mio. € lag über dem Vorjahresniveau (37 Mio. €). Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Risikovorsorge im Kartengeschäft und der Konsumentenfinanzierung zurückzuführen. Darüber hinaus ergab sich eine Anpassung in der Portfoliowertberichtigung.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen lag mit -16 Mio. € um 21 Mio. € unter dem Vorjahreswert und ist unter anderem mit einem erhöhten Abschreibungsbedarf auf eine Beteiligung belastet.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 413 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Mitarbeiterkapazitäten (MAK) verzeichneten 2009 einen leichten Rückgang (- 6 MAK).

Das Segment **Firmenkunden** entwickelte sich im Jahr 2009 trotz der anhaltend schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen erneut gut. Das Zinsergebnis stieg spürbar um

25 Mio. € auf 139 Mio. €. Dazu trug der Anstieg der Kundenverbindlichkeiten bei, die sich bis zum Stichtag 31. Dezember 2009 um insgesamt 876 Mio. € auf 5.049 Mio. € erhöhten. Die Kunden- und Kontenzahlen konnten ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Gewerbe- und Firmenkunden stieg um circa 1.400 Kunden auf rund 65.000.

Das Kreditneugeschäft mit Firmen- und Gewerbekunden erreichte vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht das Vorjahresniveau. Aus diesem Grund verringerte sich der Bestand der Kundenforderungen per 31. Dezember 2009 um 145 Mio. € auf 5.338 Mio. €. Dennoch konnte auch der Zinsüberschuss aus dem Aktivgeschäft gesteigert werden.

Der Provisionsüberschuss lag unter dem Vorjahreswert, da konjunkturbedingt geringere Nettoerträge aus der Exportfinanzierung zu verzeichnen waren. Ohne diesen Effekt bewegte sich der Provisionsüberschuss knapp 4 % über Vorjahresniveau.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten um 6 Mio. € auf 86 Mio. € gesenkt werden. Ursächlich waren niedrigere Personalaufwendungen und geringere IT- sowie Verrechnungskosten im Konzern. Die Kreditrisikovorsorge stieg gegenüber dem Vorjahr, blieb aber in der Gesamthöhe mit 1 Mio. € moderat. Das Segment Firmenkunden erzielte ein gutes operatives Ergebnis von 88 Mio. €. Im Vorjahreswert von 100 Mio. € war der Einmaleffekt aus dem Abgang eines Vermögensgegenstands in einer Beteiligung enthalten.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erzielte im Berichtsjahr ein unter Berücksichtigung der anhaltenden Finanzkrise gutes operatives Ergebnis² von 191 Mio. € (2008: 228 Mio. €). Sowohl der Zinsüberschuss mit 394 Mio. € (2008: 332 Mio. €) als auch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzierungsinstrumenten mit 47 Mio. € (Vorjahr: -23 Mio. €) übertrafen die jeweiligen Vorjahresniveaus deutlich. Die Risikovorsorge wurde hingegen mit einer Nettozuführung von 140 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (Nettoauflösung von 37 Mio. €) deutlich erhöht, um den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Immobilienmärkte Rechnung zu tragen.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 3 % reduziert werden.

² per 31. Dezember 2009 erfolgt erstmals ein veränderter Ausweis von Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp; siehe auch unter dem Abschnitt „Methodische Grundlagen“ in dieser Note, Vergleichszahlen Vorjahr sind angepasst

Am inländischen Immobilienmarkt zeigten sich im zweiten Halbjahr leichte Erholungstendenzen. Nachdem die Transaktionen am Markt im ersten Quartal um circa 80 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgingen, waren ab Jahresmitte steigende Umsätze am Markt festzustellen. Gleichwohl hat sich das Transaktionsvolumen bei Gewerbeimmobilien im Gesamtjahr mit 10 Mrd. € gegenüber 2008 halbiert. Von der Marktbelebung und von den verbesserten Refinanzierungsbedingungen profitierte das Neugeschäft. Im zweiten Halbjahr führte ein erheblicher Anstieg des Kontrahierungsvolumens zu einem erfreulichen Neugeschäft im Jahr 2009 von 4,8 Mrd. €, das jedoch wegen des schwachen ersten Halbjahres unter dem sehr guten Vorjahresniveau in Höhe von 6,7 Mrd. € liegt. Der Bestand der Kundenforderungen entspricht dem Niveau des Vorjahres. Die Bank hat unverändert das strategische Ziel, ihren Kunden Immobilienfinanzierungen auf Basis unveränderter Risikokriterien zur Verfügung zu stellen und von einer Belebung des Marktes im Neugeschäft zu profitieren.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Berichtsjahr positiv. Die Erholung der internationalen Finanzmärkte setzte sich bis zum Jahresende 2009 fort, auch wenn nach wie vor erhebliche Unsicherheit über die Entwicklung der Kreditausfälle in der Wirtschaft besteht und die schlechte Bonität einzelner Staaten Sorge bereitet. Das Segment profitierte von dieser Erholung und konnte dank seiner breiten Aufstellung und der relativ komfortablen Liquiditätsausstattung der Bank Marktopportunitäten nutzen.

Das operative Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts betrug 212 Mio. € und lag damit um 603 Mio. € über dem des Vorjahreszeitraumes. Insbesondere das zweite Halbjahr trug mit einem Ergebnisanteil in Höhe von 149 Mio. € zu der Verbesserung bei.

Der Zinsüberschuss stieg um 51 Mio. € auf 432 Mio. €. Der Zinsüberschuss ist maßgeblich bestimmt durch die Anlagestrategien im Treasury, die 2009 insbesondere von günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten sowie Neuinvestitionen mit höheren Margen profitierten.

Die Risikovorsorge war 2009 geprägt durch eine Nettozuführung über 6 Mio. € im Internationalen Geschäft für Risiken im Ausland. Durch Nettoauflösungen in anderen Bereichen verblieb per Saldo ein Aufwand von 1 Mio. €.

Der Provisionsüberschuss lag mit - 10 Mio. € um 40 Mio. € unter dem Wert für 2008. Im Vorjahr war die Ende 2008 veräußerte LBB-INVEST mit 37 Mio. € Provisionsergebnis enthalten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten hat sich insbesondere durch die Einengung der Kreditspreads im zweiten Halbjahr verbessert und lag im Gesamtjahr 2009 bei 5 Mio. €, ein Anstieg um 289 Mio. € gegenüber 2008.

Wie auch im Vorjahr wurde das Ergebnis aus Finanzanlagen durch weitere Impairments auf Fonds sowie die erneut geringeren Wertansätze für Bondbestände isländischer Banken belastet. Es fiel jedoch mit - 85 Mio. € um 208 Mio. € besser aus als im Vorjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen durch die in 2009 nicht enthaltene LBB-INVEST sowie dank eines konsequenten Kostenmanagements mit 129 Mio. € um 23 Mio. € unter dem Wert von 2008.

Das Volumen der Inanspruchnahmen im Internationalen Geschäft reduzierte sich 2009 um 454 Mio. €. Dieser Rückgang resultierte aus Rückzahlungen und gezielten Forderungsverkäufen bei einem gleichzeitig unverändert restriktiven Neugeschäft in der Zielregion.

Das Zertifikatevolumen lag 2009 nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte mit 2,5 Mrd. € leicht über dem Niveau des Vorjahres. Durch den konsequenten Ausbau des Vertriebs und die Ausrichtung auf neue Produkthanforderungen und Kundenbedürfnisse ist es gelungen, das Kundengeschäft insgesamt weiter zu entwickeln.

Im Segment **Zinsmanagement** wird die zentrale Steuerung des Bankbuches abgebildet. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der LBB angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Alle im Zinsmanagement abgebildeten Marktpreisrisiken sind in die Gesamtbankrisikosteuerung eingebunden und entsprechend limitiert.

Angesichts der anhaltenden weltweiten Konjunkturkrise blieb auch in der Eurozone das Niedrigzinsszenario während des gesamten Berichtsjahres intakt. Dabei war die Zinsentwicklung im zweiten Halbjahr jedoch weniger durch einen weiteren Rückgang als vielmehr durch eine volatile Seitwärtsbewegung der Zinsen auf dem erreichten niedrigen Niveau gekennzeichnet.

Vor diesem Hintergrund war die Steuerung des Segments Zinsmanagement seit Beginn des zweiten Halbjahres von einer gezielten Begrenzung der bestehenden Transformationsrisiken geprägt.

Den Bilanzierungsregeln entsprechend stehen die Zinsaufwendungen der Passiva im Zinsüberschuss weiterhin den Zinserträgen der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

Im Segment **Sonstiges** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 28 Mio. € (2008: 28 Mio. €).

Im Berichtszeitraum reduzierte sich das operative Segmentergebnis gegenüber dem Vorjahr um 241 Mio. € auf - 234 Mio. €. Das Ergebnis des Vorjahres war jedoch begünstigt gewesen durch Sondereffekte aus dem Verkauf der Beteiligung an der LBB-INVEST, die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen sowie durch den ergebnisbedingten Wegfall der Vergütung der stillen Einlage.

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Ergebnisse der Segmente

	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung		Kapitalmarktgeschäft		Zinsmanagement ⁵⁾		Sonstiges ⁴⁾⁵⁾		Konsolidierung ⁵⁾		KONZERN	
	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008 ⁶⁾	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008 ⁶⁾	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008	1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008
Zinsüberschuss	357	365	139	114	394	332	432	381	-383	114	-72	-61	-1	1	866	1.246
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	60	37	1	-9	140	-37	1	53		2	-17	17			185	63
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	297	328	138	123	254	369	431	328	-383	112	-55	-78	-1	1	681	1.183
Provisionsüberschuss	201	200	34	41	17	33	-10	30	-4				-2	-2	236	302
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					5	-10	-23	-4	3	-4					-15	-18
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					47	-23	5	-284	424	-37					476	-344
Ergebnis aus Finanzanlagen	1					-7	-85	-293	-13	-8		110		-110	-97	-308
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-16	5					10	-19	2	-4					-4	-18
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	4	2	28	-14	-15	13	3	1	-1	152	231	-118	-8	39	242
Verwaltungsaufwendungen	413	412	86	92	115	119	129	152	15	15	326	268	-119	-121	965	937
davon Normalabschreibungen	15	13	2	2	5	8	7	7	5	4	28	28	-1		61	62
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	73	125	88	100	194	228	212	-391	15	43	-229	-5	-2	2	351	102
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen					-3						-5	12			-8	12
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	73	125	88	100	191	228	212	-391	15	43	-234	7	-2	2	343	114
Segmentvermögen ¹⁾	4.916	4.574	5.178	5.285	51.669	51.281	69.532	75.551	15.632	14.787	2.298	2.982	-7.072	-10.534	142.153	143.926
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ¹⁾	13.505	12.358	6.156	5.267	42.969	42.217	58.692	67.225	24.532	25.003	2.046	1.339	-7.055	-10.140	140.845	143.269
Eigenmittelanforderungen nach SolV	262	267	251	250	1.117	1.187	1.032	1.416	151	122	78	50			2.891	3.292
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ²⁾	305	242	222	232	943	865	998	1.064	690	985	-1.897	-2.177			1.261	1.211
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.324	2.330	285	293	452	437	318	426			2.529	2.513			5.908	5.999
Eigenkapitalrentabilität ³⁾	23,9%	51,7%	39,6%	43,1%	20,3%	26,4%	21,2%	neg.	2,9%	5,8%					27,2%	9,4%
Cost-Income-Ratio ³⁾	75,6%	71,8%	49,1%	50,3%	25,6%	38,4%	37,7%	neg.	50,0%	25,0%					64,3%	85,0%

1) Segmentvermögen / -verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen; in den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und Zinsmanagement angepasste Vorjahreszahlen

2) für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen

3) gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

4) 1.1.-31.12.2009: inklusive 51 Mio. € Aufwand für Vergütung der stillen Einlage; 2008 fiel kein Aufwand an

5) seit 30.6.2009 werden das Segment Zinsmanagement und die Konsolidierung separat ausgewiesen (bisher im Segment „Sonstiges/Konsolidierung“ enthalten)

unter „Sonstiges“ werden Servicefunktionen wie Zentralstäbe und Marktfolgefunktionen ausgewiesen

6) Vorjahreszahlen angepasst wegen verändertem Ausweis von Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp; siehe auch unter dem Abschnitt "Methodische Grundlagen" in dieser Note

Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Seit dem Zwischenbericht zum 30. Juni 2009 erfolgt die Segmentberichterstattung und -kommentierung anhand einer modifizierten Differenzierung der Segmente. Die Segmente Zinsmanagement sowie Konsolidierung werden seit dem 30. Juni 2009 separat ausgewiesen.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Die Berlin Hyp wird im Rahmen der Segmentberichterstattung grundsätzlich als „Ein-Segment-Institut“ des Segmentes Immobilienfinanzierung behandelt. Aufgrund der konzernweiten Steuerung des Bankbuches wurden die Wertveränderungen der Bankbuchderivate der Berlin Hyp bisher jedoch vollständig dem Zinsmanagement des Konzerns zugeordnet. Der Ausweis erfolgte demzufolge bisher im Segment „Zinsmanagement“. Da die Berlin Hyp ihre Bankbuchderivate jedoch eigenständig steuert, werden die daraus resultierenden Ergebnisauswirkungen aus Wertveränderungen zum 30. September 2009 dem Segment „Immobilienfinanzierung“ zugeordnet, womit die Einordnung als „Ein-Segment-Institut“ vollständig umgesetzt ist. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität - berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals.

Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlagen wird für 2009 im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen, für 2008 ist kein Aufwand angefallen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzern ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich nach dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2008	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2008	1.1.-31.12. 2009	1.1.-31.12. 2008
Erträge gesamt ¹⁾	1.154	1.333	162	-294	1.316	1.039
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	212	444	131	-330	343	114
langfristige Vermögenswerte ²⁾	613	617	39	39	652	656

1) Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

2) Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert sämtliche Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden nach ihrem Bilanzansatz teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstantritt von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten sowie Eigenkapital wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

7.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden (zum Beispiel auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held-to-Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HFT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung sowie laufende Zins-, und Dividendenzahlungen werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die sogenannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbrieftete Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieftete Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, für die ein aktiver Markt existiert, der Kategorie AfS zugeordnet. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird bei börsennotierten Eigenkapitaltiteln zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar korrigiert und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

7.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen ausgewiesen.

7.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Die im Vorjahr durch Umgliederung (siehe hierzu Note 62) nunmehr zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente, werden in die PoWB einbezogen. Deren Methodik wird auch nach Ausweitung der zu betrachtenden Bestände unverändert angewendet.

Pauschalierter Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung sowie Forderungsbestände mit Rechtsunsicherheiten werden in eng abgegrenzten

Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

7.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrages des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

7.5 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

7.6 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Dabei handelt es sich meist um strukturierte Produkte, welche sich aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei die Einzelbestandteile zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern im Wesentlichen bei strukturierten Emissionen mit Equity-Komponenten identifiziert.

Im Rahmen einer Trennung, wird der Basisvertrag der Kategorie OL zugeordnet, mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die herausgelösten eingebetteten Derivate hingegen sind Teil der Unterkategorie HfT, werden zum Fair Value bewertet und den Handelsaktiva/-passiva zugeordnet. Strukturierte Finanzinstrumente, die eingebettete Derivate enthalten und nach dem 31. Dezember 2005 zuzugingen, wurden ausnahmslos als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente designiert. In diesem Falle wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

7.7 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Für dieses sogenannte bilanzielle Hedge Accounting werden drei Abbildungskonzepte vorgeschlagen. Im Konzern kommen davon das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Risiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, hat der Konzern Effektivitätstests durchgeführt. Hierfür kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein sogenannter Critical Term Match durchgeführt.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum wurden Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 - 125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Im Berichtszeitraum gab es keine gesicherten Grundgeschäfte, mit deren Eintreten nicht mehr gerechnet wird.

7.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwertes als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln der Kategorie AfS erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwertes vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrundes nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

7.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

7.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit Null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Finanzgarantien gegen Einmalzahlungen werden über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

8 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2008	Zugänge	Abgänge	31.12.2009
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	0	1
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	2	0	0	2
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	5	1	0	6
Gesamt	8	1	0	9

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrages, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung

von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- und Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch

höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrages bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrages geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer

planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

14 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties

gehalten werden und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem sogenannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrages, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Values von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, mit entsprechender Berufserfahrung, zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Values erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwerten, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbarer Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value Findung mit berücksichtigt.

15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräu-

ßerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwertes liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

16 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demographischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

17 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt,

in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraumes von 5 Jahren – unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnungen der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

18 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien

werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 131 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

19 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 1.200 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich zu 24 Mio. € (Vorjahr: 59 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu -509 Mio. € (Vorjahr: -493 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzt, sowie vereinzelte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug per 31. Dezember 2009 4.365 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2009 4.259 Mio. €.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 16,82 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 14,45 % nach Feststellung der Abschlüsse. Beide

regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt werden. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008 ¹⁾	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	2.281	3.578	36
Zinserträge aus Finanzanlagen	913	2.092	56
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	12	46	74
Sonstige Zinserträge	1.479	1.203	23
Summe der Zinserträge	4.685	6.919	32
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.021	4.016	52
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	91	79	15
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	1.807	1.578	15
Summe der Zinsaufwendungen	3.919	5.673	33
Zinsüberschuss	866	1.246	30

1) Vorjahreszahlen angepasst

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 4.510 Mio. € (Vorjahr: 6.731 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 3.317 Mio. € (Vorjahr: 5.013 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 1.304 Mio. € (Vorjahr: 1.015 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 1.305 Mio. € (Vorjahr: 995 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 65 Mio. € (Vorjahr: 69 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	146	274	-47
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	331	337	-2
Gesamt	185	63	> 100

Die Risikovorsorge resultiert aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	67	147	-54
Zahlungsverkehr / Kontoführung	111	116	-4
Kreditgeschäft	33	48	-31
Kartengeschäft	108	95	14
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	18	-22
Sonstige Provisionserträge	15	15	0
Summe der Provisionserträge	348	439	-21
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	21	43	-51
Zahlungsverkehr / Kontoführung	9	12	-25
Kreditgeschäft	10	9	11
Kartengeschäft	54	53	2
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	15	-27
Sonstige Provisionsaufwendungen	7	5	40
Summe der Provisionsaufwendungen	112	137	-18
Provisionsüberschuss	236	302	-22

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 240 Mio. € (Vorjahr: 246 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 72 Mio. € (Vorjahr: 76 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und –aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2009 noch 2008 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-8	83	< -100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-7	-101	93
Gesamt	-15	-18	17

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettosition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen. Aufgrund einer nicht idealtypischen Entwicklung der Effektivität in den zugrunde liegenden Sicherungszusammenhängen kann es periodenbezogen zu gleichförmigen Entwicklungen des Ergebnisses aus Grund- und Sicherungsgeschäften kommen, obwohl auf Ebene der einzelnen Sicherungsbeziehungen unverändert effektive Sicherungszusammenhänge vorliegen.

Aus Makro Cashflow-Hedges kann modellbedingt kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung von Derivaten in Makro Cashflow-Hedges entstehen.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	545	102	> 100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	-69	-446	85
Gesamt	476	-344	> 100

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Nichthandelsbuch-Derivate. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	177	-357	> 100
Bewertungsergebnis aus Passiva	-246	-89	< -100
Gesamt	-69	-446	85

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	-25	-14	-79
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	8	19	-58
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	33	33	0
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-72	-294	76
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	14	12	17
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	86	306	-72
Sonstiges Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0
Gesamt	-97	-308	69

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen -18 Mio. € (Vorjahr: -288 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und -79 Mio. € (Vorjahr: -20 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 67 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 19 Mio. € (Vorjahr: 286 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein sogenanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf -140 Mio. € (Vorjahr: 538 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt -69 Mio. € (Vorjahr: -35 Mio. €). Enthalten sind -19 Mio. € (Vorjahr: -288 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden 588 Mio. € (Vorjahr: -766 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von -562 Mio. € (vergleiche Gesamtergebnis der Periode).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf -83 Mio. € (Vorjahr: -789 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis	8	-23	> 100
Laufendes Ergebnis	6	5	20
Wertminderung Beteiligungsansatz	-18	0	x
Gesamt	-4	-18	78

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	3	29	-90
Ergebnis aus Investment Properties	6	7	-14
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	-1	1	< -100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	30	35	-14
IT-Erträge	13	12	8
Entkonsolidierungserfolge	-4	107	< -100
Sonstige Steueraufwendungen	-2	2	< -100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	-10	53	< -100
Gesamt	39	242	-84

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der verleaste Gegenstände beträgt 42 Mio. €.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	2	1	100
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	3	-33
Gesamt	4	4	0

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Personalaufwendungen	527	492	7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	61	62	-2
Andere Verwaltungsaufwendungen	377	383	-2
Gesamt	965	937	3

Personalaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Löhne und Gehälter	394	365	8
Soziale Abgaben	58	56	4
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	75	71	6
Gesamt	527	492	7

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert):

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	38	37	3
Planmäßige Abschreibungen	38	36	6
Wertminderungen	0	1	-100
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	23	25	-8
Planmäßige Abschreibungen	23	25	-8
Wertminderungen	0	0	0
Gesamt	61	62	-2

Andere Verwaltungsaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gebäude- und Raumkosten	63	63	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	156	158	-1
Werbung und Marketing	25	24	4
Geschäftsbetriebskosten	61	64	-5
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	51	48	6
Personalabhängige Sachkosten	14	18	-22
Sonstige	3	4	-25
Gesamt	377	383	-2

Das im Geschäftsjahr 2009 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
für Jahresabschlussprüfungen	5	6	-17
für andere Bestätigungsleistungen	1	2	-50
Gesamt	6	8	-25

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2009 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Aus den Abgrenzungen für den Abschluss per 31. Dezember 2008 wurden im Berichtsjahr für die Jahresabschlussprüfungen 0,4 Mio. € ergebniswirksam aufgelöst.

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	26	23	13
über ein Jahr bis fünf Jahre	50	70	-29
über fünf Jahre	17	27	-37
Gesamt	93	120	-23

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 1 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 27 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2009 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Restrukturierungserträge	1	18	-94
Restrukturierungsaufwendungen	9	6	50
Gesamt	-8	12	< -100

31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zwischen der Landesbank Berlin AG und der Landesbank Berlin Holding AG besteht seit Anfang 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag und somit ein ertragsteuerliches Organschaftsverhältnis. Damit werden latente Steuern auf temporäre Differenzen und steuerliche Verlustvorträge bei den im Konsolidierungskreis des Konzerns Landesbank Berlin enthaltenen Organgesellschaften der Holding sowie deren konsolidierten Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform einer Personengesellschaft – soweit es die Körperschaftsteuer betrifft – nur im Konzernabschluss der Holding angesetzt. Im Konzern Landesbank Berlin werden hierfür keine latenten Steuern ausgewiesen.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die LBB fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008 ¹⁾	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	21	8	> 100
Latente Steuern	58	-46	> 100
Gesamt	79	-38	> 100

1) Vorjahreszahlen angepasst

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2009	2008 ¹⁾
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	342	114
Konzernertragsteuersatz (%)	30,175	30,175
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	103	34
1. Steuerfreie Erträge	-55	-99
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	3	18
3. Steuersatzabweichungen	0	4
4. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	27	17
5. Aperiodische Effekte	1	-15
6. Sonstiges	0	1
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand (Vorjahr Ertrag)	79	-40
Effektiver Steuersatz	23,1 %	-20,2 %

1) Vorjahreszahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren ganz überwiegend aus dem Bestehen des Organschaftsverhältnisses zur Holding.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 30 %. Bei zwei inländischen Konzerngesellschaften liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuerhebesätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175%. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuer-satzabweichungen dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit einer angepassten Mittelfristplanung auf die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge unserer Londoner Niederlassung.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 516 Mio. € (Vorjahr: 665 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) wurden latente Steuern in Höhe von insgesamt 100 Mio. € (Vorjahr: 139 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Berlin Hyp, die Niederlassung der LBB AG in Luxemburg sowie die LBB International S.A. Luxemburg. Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 388 Mio. € (Vorjahr: 373 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 103 Mio. € (Vorjahr: 161 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG und § 8 GewStG). Die im Konzern bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt. Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 14 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €). Diese entfällt mit 9 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit 5 Mio. € (Vorjahr: -5 Mio.) auf die Rücklage für die Cash-Flow-Hedges.

Für temporäre Unterschiede gemäß IAS 12.81(f) waren aufgrund des Organschaftsverhältnisses der LBB zur Holding keine latenten Steuern zu berücksichtigen.

32 Ergebnis je Aktie

	1.1. - 31.12.2009	1.1. - 31.12.2008 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	-19	176	< -100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	1.200.000.000	1.200.000.000	0
Gewinn je Aktie (€)	-0,02	0,15	< -100

1) Vorjahreszahlen angepasst

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2009 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Kassenbestand	426	455	-6
Guthaben bei Zentralnotenbanken	916	1.272	-28
Gesamt	1.342	1.727	-22

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 892 Mio. € (Vorjahr: 1.246 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 621 Mio. € (Vorjahr: 563 Mio. €).

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	16.983	14.804	15
täglich fällig	2.407	2.136	13
bis drei Monate	8.137	7.081	15
über drei Monate bis ein Jahr	6.415	5.587	15
über ein Jahr bis fünf Jahre	24	0	x
Darlehen	1.239	1.894	-35
bis drei Monate	149	323	-54
über drei Monate bis ein Jahr	444	529	-16
über ein Jahr bis fünf Jahre	580	950	-39
über fünf Jahre	66	92	-28
Schuldscheindarlehen	1.326	1.982	-33
bis drei Monate	22	161	-86
über drei Monate bis ein Jahr	287	697	-59
über ein Jahr bis fünf Jahre	863	609	42
über fünf Jahre	154	515	-70
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.363	2.922	-19
bis drei Monate	347	646	-46
über drei Monate bis ein Jahr	291	468	-38
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.059	1.072	-1
über fünf Jahre	666	736	-10
Andere Forderungen	209	429	-51
täglich fällig	169	352	-52
bis drei Monate	1	1	0
über drei Monate bis ein Jahr	3	4	-25
über ein Jahr bis fünf Jahre	20	39	-49
über fünf Jahre	16	33	-52
Gesamt LaR	22.120	22.031	0
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	116	302	-62
bis drei Monate	93	123	-24
über drei Monate bis ein Jahr	23	63	-63
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	116	-100
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	116	302	-62
Gesamt	22.236	22.333	0

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 21.801 Mio. € (Vorjahr: 21.893 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 435 Mio. € (Vorjahr: 440 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2009 Wertberichtigungen in Höhe von 36 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €).

Die Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute wurde gegenüber dem Vorjahr verfeinert; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2008 leicht verändert dargestellt.

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	M io. €	M io. €	in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	2.279	2.885	-21
täglich fällig	1349	1.616	-17
bis drei Monate	860	1.078	-20
über drei Monate bis ein Jahr	70	191	-63
Darlehen	10.804	11.241	-4
bis drei Monate	615	581	6
über drei Monate bis ein Jahr	1.159	1.187	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.563	3.886	-8
über fünf Jahre	5.467	5.587	-2
Schuldscheindarlehen	893	358	> 100
bis drei Monate	242	114	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	205	125	64
über ein Jahr bis fünf Jahre	435	48	> 100
über fünf Jahre	11	71	-85
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	15.942	15.248	5
bis drei Monate	2.616	3.196	-18
über drei Monate bis ein Jahr	1.797	1.710	5
über ein Jahr bis fünf Jahre	7.952	6.406	24
über fünf Jahre	3.577	3.936	-9
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	1.687	1.660	2
bis drei Monate	31	52	-40
über drei Monate bis ein Jahr	86	71	21
über ein Jahr bis fünf Jahre	426	406	5
über fünf Jahre	1.144	1.131	1
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	6.619	6.580	1
bis drei Monate	304	539	-44
über drei Monate bis ein Jahr	444	47	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.951	1.894	3
über fünf Jahre	3.920	4.100	-4
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	8.325	6.862	21
bis drei Monate	1.312	1.453	-10
über drei Monate bis ein Jahr	2.032	1.106	84
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.479	2.022	23
über fünf Jahre	2.502	2.281	10
Andere Forderungen	1.092	1.074	2
täglich fällig	672	524	28
bis drei Monate	62	175	-65
über drei Monate bis ein Jahr	24	17	41
über ein Jahr bis fünf Jahre	280	304	-8
über fünf Jahre	54	54	0
Gesamt LaR	47.641	45.908	4
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	949	1.585	-40
bis drei Monate	159	281	-43
über drei Monate bis ein Jahr	283	360	-21
über ein Jahr bis fünf Jahre	353	639	-45
über fünf Jahre	154	305	-50
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	949	1.585	-40
Gesamt	48.590	47.493	2

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 47.739 Mio. € (Vorjahr: 46.346 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 851 Mio. € (Vorjahr:

1.147 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2009 Wertberichtigungen in Höhe von 1.080 Mio. € (Vorjahr: 1.227 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (ausschließlich in der Kategorie Loans and Receivables):

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	-36	-18	-100
Forderungen an Kunden	-1.080	-1.227	12
Gesamt	-1.116	-1.245	10

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Risikovorsorge	-1.116	-1.245	10
zuzüglich Rückstellungen	-18	-24	25
Gesamt	-1.134	-1.269	11

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zu Lasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigung				pauschalierte Einzelwertberichtigung		Portfoliowertberichtigung		Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden															
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung	8	2	864	1.114	172	111	140	115	49	59	24	35	12	10	1.269	1.446		
Konsolidierungskreisänderung		0	4	0	0	7				0	0	0	0	0	4	7		
Stand 1.1.	8	2	868	1.114	172	118	140	115	49	59	24	35	12	10	1.273	1.453		
Zuführungen	20	6	222	237	43	37	8	25		0	4	2	3	5	300	312	300	312
Abgänge																0		
Inanspruchnahmen		0	265	186	5	10			10	10			0	0	280	206		
Auflösungen		0	77	166	3	11	0	0		0	10	13	4	3	94	193	94	193
Unwinding		0	61	67	4	2				0			0	0	65	69	65	69
Wechselkursänderungen / Umbuchungen	-6	0	19	-68		40 ¹⁾	-13			0			0	0	0	-28		
Stand 31.12.	22	8	706	864	203	172	135	140	39	49	18	24	11	12	1.134	1.269	141	50

Direktabschreibungen	31	24
Eingang auf abgeschriebene Forderungen	52	80
Summe	120	-6

Stand 31.12., nach Forderungsarten:

Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	262	273
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen (LaR)	0	0	56	71
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	0	0
Kommunalkredite anderer KI (LaR)	0	0		0
Andere Forderungen (LaR)	22	8	388	520
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)	0	0	0	0
Andere Forderungen (AfS)	0	0	0	0

davon:		
GuV-wirksam Risikovorsorge	185	63
GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	65	69

1) Es ergaben sich aufgrund von Neuordnungen von Konten Anpassungen im Ausweis zwischen den Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen.

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	865	653	32
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow -Hedges	118	96	23
Gesamt	983	749	31

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelsaktiva	12.795	14.406	-11
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	4.681	3.822	22
Gesamt	17.476	18.228	-4

Handelsaktiva (HfT)

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	796	1.039	-23
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	619	466	33
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	8.160	10.330	-21
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	3.220	2.571	25
Gesamt	12.795	14.406	-11

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	48	110	474	164	796
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	1	618	619
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	491	977	3.696	2.996	8.160
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	106	293	1.546	1.275	3.220
Gesamt	645	1.380	5.717	5.053	12.795

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kunden	52	52	0
Finanzanlagen	4.629	3.770	23
Gesamt	4.681	3.822	22

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2009 beträgt 52 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €); Kreditderivate oder Ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kunden	0	0	0	52	52
Finanzanlagen	49	115	2.597	1.868	4.629
Gesamt	49	115	2.597	1.920	4.681

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2009 auf -9 Mio. € (Vorjahr: -50 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen -165 Mio. € (Vorjahr: -118 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR	31.797	42.940	-26
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.786	42.930	-26
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11	10	10
AfS	15.199	6.171	> 100
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.982	5.912	> 100
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	114	155	-26
Beteiligungen	100	102	-2
Verbundene Unternehmen	3	2	50
HtM	1.661	1.325	25
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.661	1.325	25
Gesamt	48.657	50.436	-4

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
LaR					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.522	5.347	17.460	6.457	31.786
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	0	10	0	11
AfS					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	450	2.494	9.682	2.356	14.982
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	114	114
Beteiligungen	0	0	0	100	100
Verbundene Unternehmen	0	0	0	3	3
HtM					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	1.092	569	1.661
Gesamt	2.973	7.841	28.244	9.599	48.657

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Buchwert 1.1.	102	165	2	4
Zugänge	1	23	1	0
Abgänge	1	84	0	2
Umbuchungen	0	0	-25	0
Abschreibungen	2	2	0	0
kumulierte Veränderung aus der Fair Value-Bewertung	0	0	25	0
Buchwert 31.12.	100	102	3	2

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 16 (Vorjahr: 16) assoziierte Unternehmen, Joint Ventures und Publikumsfonds mit untergeordneter Bedeutung, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Deren Bewertung erfolgt, bei den assoziierte Unternehmen und Joint Ventures nach IAS 39 zu Anschaffungskosten, bei Publikumsfonds zum beizulegenden Zeitwert.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen, Joint Ventures und Publikumsfonds:

	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	504	527	-4
Summe der Verpflichtungen	491	512	-4
Erträge	291	276	5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3	8	-63

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 2 (Vorjahr: 2) assoziierte Unternehmen und 1 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 6 (Vorjahr: 5) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Anteile an Kreditinstituten	60	71	-15
Anteile an sonstigen Unternehmen	134	121	11
Gesamt	194	192	1

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Summe der Vermögenswerte	8.179	8.128	1
Summe der Verpflichtungen	7.451	7.570	-2
Erträge	442	488	-9
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	35	2	> 100

41 Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	21	21	0
Sonstige selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	5	4	25
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	57	53	8
Gesamt	83	78	6

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 3 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 5 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Buchwert 1.1.	21	47	4	6	53	64	78	117
Zugänge	0	0	3	0	25	14	28	14
Abgänge	0	23	0	0	0	2	0	25
Umbuchungen	0	-3	0	0	0	0	0	-3
Abschreibungen	0	0	2	2	21	23	23	25
Buchwert 31.12.	21	21	5	4	57	53	83	78

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 288 Mio. € (Vorjahr: 268 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 208 Mio. € und zum Ende der Periode auf 225 Mio. €.

42 Sachanlagen

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Grundstücke und Gebäude	436	443	-2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	133	135	-1
Gesamt	569	578	-2

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 319 Mio. € (Vorjahr: 326 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Buchwert 1.1.	443	448	135	135	578	583
Zugänge	1	19	25	30	26	49
Abgänge	0	1	1	5	1	6
Umbuchungen	3	-4	0	-1	3	-5
Abschreibungen	12	13	26	23	38	36
Wertminderungen	0	0	0	1	0	1
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	-6	0	0	1	-6
Buchwert 31.12.	436	443	133	135	569	578

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 615 Mio. € (Vorjahr: 613 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 170 Mio. € und zum Ende der Periode auf 179 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 356 Mio. € (Vorjahr: 346 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 209 Mio. € und zum Ende der Periode auf 223 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	1	1	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	85	64	33
Gesamt	86	65	32

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 16 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

	Investment Properties	
	2009 Mio. €	2008 Mio. €
Buchwert 01.01.	65	82
Zugänge	15	0
Abgänge	1	8
Umbuchungen	10	-6
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	2	3
Wertaufholungen	1	2
Buchwert 31.12.	86	65

Die Zugänge betreffen die Umgliederung zweier ursprünglich zur Veräußerung gehaltener Objekte sowie den Rückerwerb eines bereits veräußerten Objektes.

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 201 Mio. € (Vorjahr: 176 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 111 Mio. € und zum Ende der Periode auf 115 Mio. €.

Der Fair Value, der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien, beträgt 86 Mio. €.

44 Ertragsteueransprüche

Die unter Berücksichtigung der zwischen LBB und Holding bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft erfassten Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	17	20	-15
Latente Steuern	192	290	-34
Gesamt	209	310	-33

1) Vorjahreszahlen angepasst

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 8 Mio. € langfristig, das heißt in mehr als zwölf Monaten fällig.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 ¹⁾ Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstituten und Kunden abzgl. Risikovorsorge	88	233	-62
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	1	-100
Finanzanlagen	9	121	-93
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	4	4	0
Sonstige Aktiva	1	31	-97
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	5	75	-93
Verbriefte Verbindlichkeiten	99	0	x
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	307	186	65
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	200	250	-20
Rückstellungen	11	5	>100
Nachrangkapital	5	7	-29
Sonstige Passiva	73	83	-15
Verlustvorträge	100	139	-28
Zwischensumme	902	1.138	-21
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-710	-848	16
Gesamt	192	290	-34
1) Vorjahreszahlen angepasst			

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.903	2.960	-2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60	38	58
Rechnungsabgrenzung	18	17	6
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüche)	0	0	0
Übrige	59	206	-71
Gesamt	3.040	3.221	-6

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	11	-100
Finanzielle Vermögenswerte	13	59	-78
Abgangsgruppen	0	1	-100
Gesamt	13	71	-82

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2010 erfolgen.

Unter den „zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ bestand kein Abwertungsbedarf.

Die Ende 2008 ausgewiesenen fremdgenutzten Grundstücke und Gebäude wurden bis auf zwei Objekte im Laufe des Jahres 2009 veräußert. Für diese beiden Objekte waren die Verkaufsabsichten nicht mehr gegeben; die während der Zeit als zum Verkauf stehend vermiedenen Abschreibungen wurden zum Reklassifizierungszeitpunkt erfolgswirksam nachgeholt. Darüber hinaus wurden 2009 keine neuen Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Die finanziellen Vermögenswerte betreffen zwei Beteiligungen, die bereits Ende 2008 als zur Veräußerung verfügbar ausgewiesen wurden; die Verhandlungen dauern aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände noch an. Diese Vermögenswerte sind in den Segmenten „Private Kunden“ beziehungsweise „Sonstiges“ enthalten.

Zum 31. Dezember 2008 waren neben den beiden oben genannten Gesellschaften drei weitere zum Verkauf bestimmt, wobei für eine Beteiligung der Veräußerungsplan mit der Absicht sie zu halten, geändert wurde. Diese Beteiligung wird zum Jahresende unter den sonstigen Beteiligungen ausgewiesen; die Reklassifizierung hat keine Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Zwei weitere Gesellschaften wurden im Verlauf des Jahres 2009 veräußert; dazu gehörte die wesentliche Beteiligung an der InvestitionsBank des Landes Brandenburg.

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern eine Abgangsgruppe bestimmt, die dem Segment Private Kunden zugeordnet ist. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem beschlossenen Verkauf des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A. Die Transaktion wurde im Jahr 2009 vollzogen.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Termin- und Sichteinlagen	37.786	41.280	-8
täglich fällig	1.303	850	53
bis drei Monate	24.573	34.619	-29
über drei Monate bis ein Jahr	11.887	5.811	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	23	0	x
über fünf Jahre	0	0	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe ¹⁾	914	1.337	-32
bis drei Monate	57	353	-84
über drei Monate bis ein Jahr	325	301	8
über ein Jahr bis fünf Jahre	416	497	-16
über fünf Jahre	116	186	-38
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	1.111	2.051	-46
bis drei Monate	70	115	-39
über drei Monate bis ein Jahr	135	880	-85
über ein Jahr bis fünf Jahre	529	569	-7
über fünf Jahre	377	487	-23
Andere Verbindlichkeiten	1.346	1.282	5
täglich fällig	359	208	73
bis drei Monate	62	75	-17
über drei Monate bis ein Jahr	34	99	-66
über ein Jahr bis fünf Jahre	483	473	2
über fünf Jahre	408	427	-4
Gesamt	41.157	45.950	-10

1) Die Positionen "Begebene Namensschuldverschreibungen" und "Namenspfandbriefe" wurden zusammengefasst.

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 37.750 Mio. € (Vorjahr: 41.201 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 3.407 Mio. € (Vorjahr: 4.749 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 110 Mio. € (Vorjahr: 272 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Termin- und Sichteinlagen	17.378	12.061	44
täglich fällig	11.891	7.800	52
bis drei Monate	4.256	3.723	14
über drei Monate bis ein Jahr	1.220	531	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	11	7	57
Spareinlagen	6.164	7.510	-18
bis drei Monate	5.276	7.454	-29
über drei Monate bis ein Jahr	847	5	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	37	47	-21
über fünf Jahre	4	4	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe ¹⁾	5.481	5.766	-5
bis drei Monate	150	653	-77
über drei Monate bis ein Jahr	407	283	44
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.250	1.422	-12
über fünf Jahre	3.674	3.408	8
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.730	5.374	-12
bis drei Monate	260	185	41
über drei Monate bis ein Jahr	406	571	-29
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.686	1.640	3
über fünf Jahre	2.378	2.978	-20
Andere Verbindlichkeiten	1.723	2.072	-17
täglich fällig	749	1.335	-44
bis drei Monate	301	59	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	7	23	-70
über ein Jahr bis fünf Jahre	92	106	-13
über fünf Jahre	574	549	5
Gesamt	35.476	32.783	8

1) Die Positionen "Begebene Namensschuldverschreibungen" und "Namenspfandbriefe" wurden zusammengefasst.

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 33.130 Mio. € (Vorjahr: 31.921 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 2.346 Mio. € (Vorjahr: 862 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 256 Mio. € (Vorjahr: 344 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurde gegenüber dem Vorjahr verfeinert; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2008 leicht verändert dargestellt.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, beträgt 335 Mio. € (Vorjahr: 342 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 45 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €³).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 629 Mio. € (Vorjahr: 616 Mio. €).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	59	58	2
über ein Jahr bis fünf Jahre	254	241	5
über fünf Jahre	863	950	-9
Gesamt	1.176	1.249	-6

³ Vorjahreswert angepasst

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	4	2	100
über ein Jahr bis fünf Jahre	75	50	50
über fünf Jahre	484	563	-14
Gesamt	563	615	-8

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	55	56	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	179	191	-6
über fünf Jahre	379	387	-2
Gesamt	613	634	-3

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betragen 0 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 34 Mio. € (Vorjahr: 37 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Begebene Schuldverschreibungen	28.480	29.540	-4
Hypothekendarlehen	7.893	7.887	0
Öffentliche Pfandbriefe	11.534	13.838	-17
Sonstige Schuldverschreibungen	9.053	7.815	16
Sonstige verbrieftes Verbindlichkeiten	177	286	-38
Gesamt	28.657	29.826	-4

In den sonstigen Schuldverschreibungen sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) und eigene Akzepte enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis drei Monate	1.879	3.259	-42
über drei Monate bis ein Jahr	6.229	2.021	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	13.734	16.126	-15
über fünf Jahre	6.815	8.420	-19
Gesamt	28.657	29.826	-4

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2009 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal (in Mio.)
Emissionen	Anleihen	EUR	1.440
	Hypothekendarlehen	EUR	1.560
	Anleihen	USD	1.188
	Anleihen	CHF	229
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	2.025
	Hypothekendarlehen	EUR	3.950
	Anleihen	FRF	3.250
	Anleihen	USD	599
Rückkäufe	Anleihen	EUR	319

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 401 Mio. € (Vorjahr: 546 Mio. €).

Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.169	857	36
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow -Hedges	455	483	-6
Gesamt	1.624	1.340	21

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelspassiva	11.793	13.427	-12
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	16.310	13.674	19
Gesamt	28.103	27.101	4

Handelspassiva (HfT)

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	289	274	5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	8.356	10.407	-20
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	3.148	2.746	15
Gesamt	11.793	13.427	-12

Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	258	0	31	0	289
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	531	1.022	3.706	3.097	8.356
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	104	277	1.339	1.428	3.148
Gesamt	893	1.299	5.076	4.525	11.793

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	633	624	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.015	1.066	-5
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.531	11.802	23
Nachrangkapital / Hybridkapital	131	182	-28
Gesamt	16.310	13.674	19

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50	169	314	100	633
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29	136	232	618	1.015
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.086	712	9.739	2.994	14.531
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	26	105	131
Gesamt	1.165	1.017	10.311	3.817	16.310

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2009 auf 80 Mio. € (Vorjahr: -93 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen -70 Mio. € (Vorjahr: -41 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Der Teil

der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf -161 Mio. € (Vorjahr: -342 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von -578 Mio. € (Vorjahr: -591 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Rückstellungen für Pensionen	901	838	8
Sonstige Rückstellungen	285	309	-8
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	17	15	13
Restrukturierungsrückstellungen	48	46	4
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	18	24	-25
Übrige Rückstellungen	202	224	-10
Gesamt	1.186	1.147	3

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen betreffen den Verkauf der Berliner Bank. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft beziehen sich überwiegend auf Avale. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal, Prozesskosten, Rückbaukosten und sonstige Steuern enthalten.

Sämtliche Rückstellungen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. Lediglich die in den übrigen Rückstellungen enthaltenen Beträge für Personal und sonstige Steuern sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs verdient wird und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2009 -33 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festge-

legten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 550 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 555 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche, Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine / Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in

der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles errechnet.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen / freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglie-

der bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2009 erhielten noch 853 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2009 rund 18,2 Mio. € (Vorjahr: rund 20,4 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

	31.12.2009	31.12.2008
Rechnungszins	5,50 %	5,80 %
Gehaltstrend	3,00 – 3,50%	3,00 – 3,50 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 – 3,00%	1,00 – 3,00 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 - 3,00%	2,00 – 3,00 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,40%	4,20 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

Demographische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellung für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	24	25
abzüglich Fair Value Planvermögenswerte	-18	-20
	6	5
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	895	833
Gesamt	901	838

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2009	2008
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	838	842
laufender Dienstzeitaufwand	17	18
nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	49	48
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-36	-35
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	-5
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	33	-29
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	901	838

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2009	2008
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	858	865
laufender Dienstzeitaufwand	17	18
nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	49	48
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-40	-38
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	-6
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	33	-29
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	919	858

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhte sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern um 63 Mio. € auf 901 Mio. € (Vorjahr: 838 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2009	2008
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	72,7	75,6
Nicht festverzinslich	4,8	4,8
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	17,6	15,5
Ausland	3,5	2,0
Bankguthaben	1,4	2,1
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (18,2 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2009	2008
Fair Value des Planvermögens zum 1. Januar	20	23
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	0	-1
Rentenzahlungen	-3	-3
Fair Value des Planvermögens zum 31. Dezember	18	20

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 867 T€ (Vorjahr: 634 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2009	2008
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
Geschäftsjahr	-33	29
Kumuliert Vorjahre	57	28
Gesamt	24	57

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2009	2008
laufender Dienstzeitaufwand	17	18
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	49	48
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Gesamt	65	65

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen drei Jahre:

in Mio. €	2009	2008	2007	2006
Pensionsverpflichtung (DBO)	919	858	865	946
Planvermögen	18	20	23	26
Überschuss des Plans	901	838	842	920
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-33	29	101	-20 ¹⁾
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	5,4	2,0	12,5 ²⁾	-0,75
Planvermögen	0,3	-2,0	-5,0	1,4

¹⁾ ohne Berücksichtigung Berliner Bank

²⁾ betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2010	2009
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
erwartete direkte Rentenzahlungen	-37	-36

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2009 ein Rechnungszins von 3,5 % (Vorjahr: 5,2 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

	2009	2008
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	309	417
Zuführungen	77	38
Inanspruchnahme	89	81
Auflösungen	21	66
Umbuchungen	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	1	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	-5
Aufzinsungseffekte	8	6
Stand zum 31.12.	285	309

Davon: Rückstellung wegen EU-Maßnahmen

	2009	2008
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	15	21
Inanspruchnahme	0	0
Auflösungen	0	7
Aufzinsungseffekte	2	1
Stand zum 31.12.	17	15

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

	2009	2008
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	46	63
Zuführungen	5	4
Inanspruchnahme	6	7
Auflösungen	0	11
Umbuchungen	0	-5
Aufzinsungseffekte	3	2
Stand zum 31.12.	48	46

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

	2009	2008
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	24	35
Zuführungen	4	2
Inanspruchnahme	0	1
Auflösungen	10	13
Umbuchungen	0	1
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	18	24

Davon: Übrige Rückstellungen

	2009	2008
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	224	298
Zuführungen	67	32
Inanspruchnahme	82	73
Auflösungen	11	35
Umbuchungen	0	4
Änderung Konsolidierungskreis	1	-5
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Aufzinsungseffekte	3	3
Stand zum 31.12.	202	224

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	27	29	-7
Latente Steuern	12	5	> 100
Gesamt	39	34	15

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 12 Mio. € langfristig, das heißt in mehr als zwölf Monaten fällig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen

in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	248	153	62
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	180	317	-43
Finanzanlagen	88	50	76
Sonstige Aktiva	1	1	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	191	309	-38
Rückstellungen	12	5	>100
Sonstige Passiva	2	18	-89
Zwischensumme	722	853	-15
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-710	-848	16
Gesamt	12	5	>100

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

	31.12.2009 Mio. €	31.12.2008 Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.885	1.732	9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65	58	12
Rechnungsabgrenzungsposten	33	43	-23
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	1	3	-67
Übrige	114	66	73
Gesamt	2.098	1.902	10

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

55 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten der Abgangsgruppe	0	83	-100
Gesamt	0	83	-100

Der zum 31. Dezember 2008 ausgewiesene Posten enthält Verbindlichkeiten des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A. Die mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 beschlossene Veräußerung dieses Privatkundengeschäfts wurde im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen.

56 Nachrangkapital

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.844	2.446	-25
bis drei Monate	12	927	-99
über drei Monate bis ein Jahr	383	220	74
über ein Jahr bis fünf Jahre	478	825	-42
über fünf Jahre	971	474	> 100
Genussrechtskapital	0	4	-100
bis drei Monate	0	4	-100
Stille Einlagen	700	687	2
über fünf Jahre	700	687	2
Gesamt	2.544	3.137	-19

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Aufgrund des erzielten handelsrechtlichen Jahresüberschusses der LBB konnte die im Vorjahr erforderliche anteilige Verlustdeckung durch die stille Einlage in Höhe von 13 Mio. € ausgeglichen werden. Darüber hinaus erfolgte die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 51 Mio. € (7,22 %) wieder in vollem Umfang.

57 Eigenkapital

	31.12.2009	31.12.2008 ¹⁾	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0
Kapitalrücklagen	930	929	0
Gew innrücklagen	-485	-434	-12
Andere Gew innrücklagen	-509	-493	-3
Rücklagen für Pensionen aus Bew ertung nach IFRS	24	59	-59
Rücklage aus Währungsrechnung	1	-9	> 100
Neubew ertungsrücklagen	-267	-813	67
Neubew ertungsrücklage (AfS)	-138	-694	80
Neubew ertungsrücklage (CFH)	-129	-119	-8
Anteile im Fremdbesitz	99	60	65
Gesamt	1.478	933	58

1) Vorjahreszahlen angepasst

Im Vorjahr wurden die latenten Steuern für die Neubewertungsrücklage separat ausgewiesen.

58 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 sowie im Zwischenabschluss zum 30. Juni 2009 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen. Der folgende Sachverhalt führte dabei zur Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009:

Für eine zutreffende Untergliederung von Zinserträgen und -aufwendungen wurde 2009 die Konsolidierung konzerninterner Salden hinsichtlich der Zuordnung zu der entsprechenden Haltekategorie angepasst. Hierdurch wird ein Teilbetrag der bisherigen sonstigen Zinsaufwendungen als Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten beziehungsweise Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Für die Vorjahresvergleichsperiode wurde entsprechend eine Anpassung vorgenommen, indem vom sonstigen Zinsaufwand ein Betrag in Höhe von 17 Mio. € in den Zinsaufwand für Verbindlichkeiten sowie ein Betrag in Höhe von 59 Mio. € in den Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten umgegliedert wurde.

Zum 31. Dezember 2009 führte ein neu aufzunehmender Sachverhalt zu Anpassungen:

Aufgrund eines Übertragungsfehlers wurden Abweichungen zwischen IFRS- und Steuerbilanzergebnis als permanent klassifiziert. In den Überleitungsrechnungen vom Soll- zum Ist-Steueraufwand für die Jahre 2007 (2 Mio. €) und 2008 (15 Mio. €) wurde folgerichtig ein überhöhter Steueraufwand aufgrund nicht abzugsfähiger Betriebsausgaben erfasst.

Der vorgenannte Sachverhalt wirkte sich auf die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2008 wie folgt aus (nach Berechnung latenter Steuern auf die Korrekturen):

Gewinn- und Verlustrechnung 2008 in Mio. €	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Ergebnis vor Steuern	9	-	9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-20	-15	-35
Ergebnis nach Steuern	29	15	44

Im Zusammenhang mit der vorgenannten Anpassung haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2008 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2008 in Mio. €	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Latente Ertragsteueransprüche	913	17	930
Gewinnrücklagen	-93	17	-76

Folgende weitere Anpassungen wurden vorgenommen:

In den Angaben zu Sicherheiten gemäß IFRS 7.15 a) und b) per 31. Dezember 2008 ergaben sich Anpassungen aufgrund einer nunmehr detaillierteren Datengrundlage.

Bei den Notesangaben zu den künftigen Mindestleasingzahlungen für bankgenutzte Gebäude, bei denen der Konzern als Leasingnehmer auftritt (Finance Lease), ergaben sich Anpassungen der Vergleichszahlen per 31. Dezember 2008 aufgrund einer durch einen Verwalterwechsel eingeführten genaueren Berechnungsmethode.

59 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kunden	92	210	-56
Summe Treuhandkredite	92	210	-56
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	9	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	83	201	-59
Summe Treuhandkredite	92	210	-56

60 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Quantifizierbar

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	964	2.220	-57
Kreditbürgschaften	551	931	-41
Akkreditive	3	8	-63
Sonstige Bürgschaften	410	1.281	-68
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	4.707	3.743	26
Gesamt	5.671	5.963	-5

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 655 Mio. € (Vorjahr: 626 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 188 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 216 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 73 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH (FinanzIT) und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zu 91,58 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank),

-
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin,
 - Klage einer Fondsgesellschaft.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Wertes unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichtes aufgeführt.

Die Landesbank Berlin AG ist seit 2007 an konzertierten Aktionen für die SachsenLB und die IKB Deutsche Industriebank AG beteiligt.

Die Landesbank Berlin AG war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger.

Patronatserklärungen

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die letztmalig im Geschäftsbericht 2008 erwähnten Patronatserklärungen gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, (im Jahre 2007 verschmolzen auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) sind unterdessen gegenstandslos.

61 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

62 Angaben zu Finanzinstrumenten

62.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2009 wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Buchwerte zum Umkategorisierungstag beziehungsweise Zeit- und Buchwerte zum Ende des Geschäftsjahrs:

in Mio. €	Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	Buchwert 31.12.2009	Zeitwert 31.12.2009
A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	37.822 ¹⁾	27.013	26.936
B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR	504	449	451

1) Der Buchwert am Umkategorisierungstichtag wurde angepasst (Rundung)

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung aufgrund von Fälligkeiten um 11.209 Mio. € und die Bestände zu B sich um 62 Mio. € reduziert haben.

Zum Umkategorisierungsstichtag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für diese Instrumente Zinsamortisierungen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) sowie ein Aufwand für Impairments in Höhe von 38 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) erfolgswirksam erfasst. Zudem erfolgten aufgrund der Umkategorisierung Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS, was bis zum 31. Dezember 2009 zu einer Erhöhung dieser Rücklage um 207 Mio. € führte (Vorjahr: 58 Mio. €). Diese Amortisierung wurde aber durch die Fortschreibung des Buchwerts umkategorisierter Finanzanlagen im Zinsüberschuss kompensiert und hatte daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären im Berichtsjahr 378 Mio. € (Vorjahr: -124 Mio. €) erfolgsneutral im Eigenkapital, 6 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) erfolgswirksam im Handelsergebnis sowie ein Aufwand für Impairments in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) erfasst worden.

62.2 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von internen Bewertungsmodellen mit aktuellen Marktparametern ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu ermitteln. Hierbei wird – insbesondere beim Fehlen quotierter aktueller Kurse – auf modifizierte Quotierungen, also Anpassung letztmaliger Quotes auf die aktuelle Entwicklung unter Verwendung am Markt beobachtbarer oder abgeleiteter Inputfaktoren sowie eigener Einschätzungen, zurückgegriffen.

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		stille Reserven ³⁾	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Aktiva						
LaR	101.646	110.703	100.441	109.634	1.205	1.069
Forderungen an Kreditinstitute	22.149	22.107	22.084	22.013	65	94
Forderungen an Kunden	48.049	46.087	46.561	44.681	1.488	1.406
Finanzanlagen	31.448	42.509	31.796	42.940	-348	-431
AfS	16.264	8.058	16.264	8.058	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	116	302	116	302	0	0
Forderungen an Kunden	949	1.585	949	1.585	0	0
Finanzanlagen	15.199	6.171	15.199	6.171	0	0
HtM	1.730	1.295	1.661	1.325	69	-30
Finanzanlagen	1.730	1.295	1.661	1.325	69	-30
Gesamt	119.640	120.056	118.366	119.017	1.274	1.039
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.237	46.054	41.156	45.950	-81	-104
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹⁾	34.932	32.339	35.477	32.783	545	444
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾</i>	35.913	32.982	35.477	32.783	-436	-199
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.889	29.905	28.657	29.826	-232	-79
Nachrangkapital inkl. stille Einlagen	2.356	2.853	2.544	3.137	188	284
Gesamt ¹⁾	107.414	111.151	107.834	111.696	420	545
Gesamt ²⁾	108.395	111.794	107.834	111.696	-561	-98

1) unter Berücksichtigung steuerrelevanter Abauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

2) ohne Berücksichtigung steuerrelevanter Abauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

3) Im Vorjahr als Differenz ausgewiesen

Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente (verbundene Unternehmen und Beteiligungen) in den Finanzanlagen konnten Fair Values nicht vollständig ermittelt und somit nicht angegeben werden.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Fair Values. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

62.3 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an. Dabei wird unter Beachtung der Fair Value-Hierarchie zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Aufgrund der Marktentwicklung im Laufe des Geschäftsjahres 2009 waren im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008 vermehrt belastbare Quotierungen an den Märkten beobachtbar, so dass die im Jahr 2008 noch dominierende Modellbewertung überwiegend durch die Verwendung von Marktpreisen (Quotes externer Anbieter) ersetzt wurde.

Die extreme Marktsituation, die noch Ende 2008 vorlag, hat sich im Jahresverlauf deutlich entspannt. Die am Markt beobachtbare Erhöhung der Aktivitäten äußerte sich unter anderem in der gestiegenen Emissionstätigkeit, höheren Umsätzen/Handelsvolumina sowie belastbareren Quotierungen (höhere Anzahl an Transaktionen, engere Bid-Ask-Spannen). Hinzu kommt eine sich normalisierende Volatilität begleitet von einer Konsolidierung der Credit Spreads, was auch auf die gestiegene Liquiditätsversorgung der Märkte zurückzuführen ist.

Das im Vorjahr noch vorherrschende Misstrauen im Wertpapier- wie im Geldmarkt hat sich spürbar gebessert, was im Ergebnis zunehmend Preisquotierungen auf Basis von partiell wieder effektiven Märkten erzeugte. Dieser Marktentwicklung folgend standen für einen Großteil unserer Bestände bei Schuldverschreibungen bis zum 31. Dezember 2009 Marktbeziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Im Konzern wurde daher die Anwendung von Modellbewertungen im Rahmen des mehrstufigen Bewertungsverfahrens der LBB zurückgeführt.

Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit

Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle, in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie einige Darlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt. Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht-börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden

beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mithilfe marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus fachlichen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM, welche ausschließlich unter Finanzanlagen ausgewiesen werden, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Ermittlung der Fair Values von Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage basiert auf der Barwertmethode unter Anwendung des aktuellen Marktzinses und angemessener Risikoaufschläge.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditive) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Values ungleich Null identifiziert.

62.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Values gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Value anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes realistische und auf Marktgegebenheiten basierenden Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen wertberichtigte Schuldverschreibungen, Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset-Backed Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2009			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Handelsaktiva (HfT), Derivate	11.380	67	11.313	0
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	1.415	496	794	125
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	4.682	2.133	2.332	217
Forderungen an Kreditinstitute (AfS)	116	0	116	0
Forderungen an Kunden (AfS)	949	0	949	0
Finanzanlagen (AfS)	15.098	11.206	3.850	42
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	983	0	983	0
Gesamt Aktiva	34.623	13.902	20.337	384
Handelsspassiva (HfT), Derivate	11.504	100	11.404	0
Handelsspassiva (HfT), sonstige	289	289	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	16.310	6.911	9.268	131
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.624	44	1.580	0
Gesamt Passiva	29.727	7.344	22.252	131

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2009 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 8.353 Mio. € von Level 2 nach Level 1 transferiert. Durch fehlende Preisquotierungen an einem aktiven Markt wurden 107 Mio. € von Level 1 nach Level 2 umgegliedert.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2009 zeigt:

in Mio. €	31.12.2008	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			Abgänge nach Level 1+2	31.12.2009
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten		
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	294	17	0	360	398	61	87	125
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	1.297	0	0	14	142	42	910	217
Finanzanlagen (AfS)	1.438	-3	10	0	133	51	1.219	42
Gesamt Aktiva	3.029	14	10	374	673	154	2.216	384
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	182	-1	0	0	0	50	0	131
Gesamt Passiva	182	-1	0	0	0	50	0	131

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Stichtag bezogen betrug die Summe dieser Änderungen 5 Mio. €.

Auch für die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 aus Level 3 transferierten Finanzinstrumente waren die zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten ausschlaggebend. Zugänge aus den Hierarchielevel 1 und 2 lagen nicht vor.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente sind die Credit Spreads und Recovery Rates die einzigen, nicht am Markt beobachtbare Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieser Parameter wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair-Value Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair-Value Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	-1	0
Finanzanlagen (AfS)	-2	0
Gesamt Aktiva	-3	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	-5	5
Gesamt Passiva	-5	5

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 5 Mio. € erhöht beziehungsweise um 8 Mio. € verringert.

63 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

Buchwert	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	1.236	2.151	-43
Forderungen an Kunden	5.729	5.237	9
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	1.817	906	> 100
Finanzanlagen	30.896	34.746	-11
Sonstige Aktiva	2.905	2.957	-2
Gesamt	42.583	45.997	-7

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2009 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 14.602 Mio. € (Vorjahr: 10.271 Mio. €⁴) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex Repo Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, erhaltene Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2009 waren von diesen Sicherheiten 5.117 Mio. € (Vorjahr: 4.218 Mio. €⁴) veräußert oder verpfändet.

⁴ Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

64 Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin nahe stehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) - Mehrheitseigner der LBBH sowie Komplementär der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG -, Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und - als Komplementär der S-Erwerbsgesellschaft - Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Muttergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG,
- Schwestergesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH,
- Tochterunternehmen der Landesbank Berlin und Unternehmen, auf die die Landesbank Berlin maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der Landesbank Berlin, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner der Landesbank Berlin Holding AG

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrages zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2009 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt, nachdem die Verlustübernahme aus dem Jahr 2008 in Höhe von 12,5 Mio. € ausgeglichen wurde.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt ist. Für die Erstellung des RVG Konzernabschlusses 2008 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 205 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (11 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit Schwesterunternehmen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahe stehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 67) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Durch die mit Vertrag vom 22. Dezember 2008 erfolgte Übertragung der LBB-INVEST von der LBB an die LBBH wurde die LBB-INVEST ein Schwesterunternehmen der LBB.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Mutterunternehmen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	-	39	-100
Sonstige Aktiva	-	150	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	327	33	>100

Es bestehen keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften gegenüber dem Mutterunternehmen.

Schwesterunternehmen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	-	23	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21	31	-32
Sonstige Passiva	1	-	X

Es bestehen keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften gegenüber dem Schwesterunternehmen.

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	29	91	-68
Sonstige Aktiva	12	7	71
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6	11	-45

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 1,5 Mio. € (31. Dezember 2008: 1,6 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 2,8 Mio. € (31. Dezember 2008: 3,9 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,7 Mio. € (31. Dezember 2008: 0,7 Mio. €).⁵

⁵ Die Erfassung dieser Daten war technisch erstmals im abgelaufenen Geschäftsjahr möglich.

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	-	130	-100
Forderungen an Kunden	124	146	-15
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	75	79	-5
Finanzanlagen	66	46	44
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	69	57	21
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39	8	>100
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	15	24	-38
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	20	0

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2008: 0,3 Mio. €).

Gegenüber einem assoziierten Unternehmen bestand im Vorjahr eine Gewährleistungsbürgschaft über 55 Mio. €. Dieses Unternehmen ist aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen ausgeschieden. Zum 31. Dezember 2009 bestehen noch Gewährleistungsbürgschaften gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,4 Mio. €.⁶

⁶ Die Erfassung dieser Daten war technisch erstmals im abgelaufenen Geschäftsjahr möglich.

Joint Ventures

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	3	14	-79
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	1	>100

Es bestehen keine Wertberichtigungen sowie keine unwiderruflichen Kreditzusagen und Gewährleistungsbürgschaften⁷ gegenüber Joint Ventures.

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das **Zinsergebnis des Konzerns** wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend der Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

⁷ Die Erfassung dieser Daten war technisch erstmals im abgelaufenen Geschäftsjahr möglich.

Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG ausgeschieden. Der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG hat Herrn Dr. Johannes Evers mit Wirkung zum 1. Juli 2009 in den Vorstand berufen und ihn ebenso wie der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG mit Wirkung ab diesem Tag jeweils zum Vorstandsvorsitzenden ernannt. Weitere personelle Veränderungen im Vorstand der LBBH und der LBB haben sich im Geschäftsjahr 2009 nicht ergeben.

Mit Herrn Martin K. Müller wurde im Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag abgeschlossen, der eine Anpassung des ruhegehaltsfähigen monatlichen Festgehalts mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat. Der Aufsichtsrat hat zudem die Anpassung der ruhegehaltsfähigen monatlichen Festgehälter von vier weiteren Vorstandsmitgliedern entsprechend den Gehaltssteigerungen im Tarifbereich zum 1. April 2009 beschlossen. Mit Herrn Hans-Jörg Vetter wurden zu seinem Ausscheiden folgende Vereinbarungen getroffen: Das monatliche ruhegehaltsfähige Festgehalt wurde unverändert bis einschließlich zum 10. Juni 2009 fortgezahlt. Für den Monat Juni erfolgte die Zahlung zeitanteilig. Für das anteilige Geschäftsjahr 2009 erhält Herr Hans-Jörg Vetter die vertraglich vereinbarte jährliche (nicht ruhegehaltsfähige) Vergütung zeitanteilig. Über die variable Vergütung für das anteilige Geschäftsjahr 2009 entscheidet das jeweilige Aufsichtsratsplenium nach Abschluss des Geschäftsjahres. Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Gehaltsfortzahlungen nach dem Ausscheiden von Herrn Hans-Jörg Vetter aus dem Dienstverhältnis, nachträgliche Prämien, Abfindungszahlungen oder Ähnliches wurden nicht vereinbart, die Regelungen zum Ruhegehalt blieben unverändert.

Der Dienstvertrag von Herrn Dr. Johannes Evers wurde bezüglich der Vergütung und des Ruhegehalts auf seine Funktion als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung zum 1. Juli 2009 angepasst.

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB endete mit dem Ablauf der Hauptversammlung der LBB am 8. Juni 2009. In der Hauptversammlung fanden Neuwahlen statt. Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats wurden bereits im Mai im Unternehmen gewählt. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des neu gewählten Aufsichtsrats befindet sich im Anhang.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden folgende Vergütungen zuteil:

in T€	2009	2008
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	4.475	6.861
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	1.685	2.878
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	634	657
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	262	268
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	6.442	8.046
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	94.206	86.735
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	11.404	13.095
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	6.204	7.099
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	2.262	1.255
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	1.146	863

¹⁾ bestehend aus den Herren Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009), Dr. Evers, Dr. Veit, Demolière, Kulartz und Müller

²⁾ bestehend aus den Herren Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009), Dr. Evers (ab 1. Juli 2009) und Dr. Veit

³⁾ ohne Umsatzsteuer, Konzernabgaben

⁴⁾ Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 22 T€ (Vorjahr: 1.668 T€) enthalten

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Für ein Mitglied des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollerwerbs geregelt.

Im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2009 werden personenbezogene Angaben zu den Versorgungszusagen, den Ansprüchen auf Ruhegehalt und den sonstigen Leistungen nach oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	2009	2008
an Mitglieder des Vorstands der LBB	296	344
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	11	18
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	111	2
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	98	0

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Darlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen gewährte in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Bei den Mitgliedern des Vorstands resultiert die Veränderung insbesondere aus der Tilgung eines Darlehens. Bei den Mitgliedern der Aufsichtsräte ist die Entwicklung im Wesentlichen auf die veränderte Zusammensetzung der Gremien zurückzuführen.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstandes veröffentlicht die Holding auf Ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Melderfordernisse nach § 15a WpHG.

Darstellung zu § 314 Abs. 1 Nr. 6a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2009** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter ³⁾	483	0	13	496
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	231			
Dr. Johannes Evers ⁴⁾	746	0	46	792
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	288			
Serge Demolière	1.008	0	34	1.042
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	489			
Hans Jürgen Kulartz	646	0	44	690
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	246			
Martin K. Müller	675	0	38	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	290			
Dr. Thomas Veit	709	0	33	742
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	300			
Vergütungsaufwand 2009	4.267	0	208	4.475
Gesamt (LBB)				

¹⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der LBB Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

⁴⁾ Herr Dr. Evers ist ab dem 1. Juli 2009 Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der LBB Holding und Vorsitzender des Vorstandes der LBB.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2008** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2007 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	1.074 521	650	26	1.750
Dr. Thomas Veit <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	695 300	400	33	1.128
Serge Demolière <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	989 489	150	35	1.174
Dr. Johannes Evers <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	632 246	275	45	952
Uwe Kruschinski ³⁾		30		30
Hans Jürgen Kulartz <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	632 246	210	44	886
Martin K. Müller <i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	604 290	300	37	941
Vergütungsaufwand 2008 Gesamt (LBB)	4.626	2.015	220	6.861

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige (variable) Teil der Vergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der LBB:

Mitglieder des Aufsichtsrats in T€	Jahresvergütung	
	Konzern LBB	
	2009	2008
Heinrich Haasis	36	36
Bärbel Wulff	29	29
Heiko Barten ⁴⁾	6	-
Dietmar P. Binkowska ¹⁾	-	16
Gregor Böhmer ³⁾	7	17
Christina Förster ³⁾	4	11
Gerhard Grandke ⁴⁾	9	-
Artur Grzesiek ²⁾	18	2
Sascha Händler ³⁾	4	11
Sabine Hentschel-Vélez Garzón ⁴⁾	6	-
Gerald Herrmann ⁴⁾	6	-
Jürgen Hilde	11	11
Claus Friedrich Holtmann	17	17
Michael Jänichen	23	23
Daniel Kasteel ³⁾	4	11
Thomas Mang	17	17
Astrid Maurer ³⁾	4	11
Peter Mohr ⁴⁾	6	-
Wolfgang Pansegrau ⁴⁾	6	-
Andreas Rohde ³⁾	4	11
Peter Schneider	11	11
Dr. Harald Vogelsang	17	17
Frank Wolf	17	17
Summe	262	268
 zuzüglich USt	 42	 42
Gesamtaufwand	304	310

¹⁾ Mitglied bis 21. November 2008

²⁾ Mitglied seit 24. November 2008

³⁾ Mitglied bis 8. Juni 2009

⁴⁾ Mitglied seit 8. Juni 2009

65 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2009	2008
Vollzeit	4.999	5.117
Teilzeit	1.370	1.325
Auszubildende	280	261
Gesamt	6.649	6.703

66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2009

Der Aufsichtsrat der LBB hat Herrn Patrick Tessmann zum 1. April 2010 zum Vorstandsmitglied der Landesbank Berlin AG bestellt. Er wird die Verantwortung für das strategische Geschäftsfeld Private Kunden übernehmen.

67 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Patronats- erkl- är- ung	Anteile im Konzern- besitz insge- samt in %	davon mittelbar in %	Stimm- rechte im Konzern in %	Eigen- kapital (2) in T€	Ergebnis (2) in T€	vom 31.12.2009 abweichender Jahresab- schluss
Konsolidierte Tochterunter- nehmen (IAS 27)							
1. BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin		100,0	0,0	100,0	7.141	4.442	
2. Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (1), (5)		100,0	100,0	100,0	358	-342	
3. Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin	(P)	91,6	91,6	91,6	788.503	58.892	
4. Crown Court I LLC, Wilmington/Delaware, (5), (16)		100,0	0,0	100,0	-22.997	122.109	
5. Crown Court Property London Ltd., London, (5), (17)		100,0	100,0	100,0	17.308	797	
6. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immo- bilien mbH, Berlin, (1)		100,0	0,0	100,0	9.200	0	
7. GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin, (5)		100,0	100,0	100,0	5.225	84	
8. Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränk- ter Haftung, Berlin, (1), (5)		94,9	0,0	94,9	5.561	-591	
9. Grundstücksgesellschaft Bad Freienwal- de/Gardelegen GbR, Berlin, (5)		76,7	67,4	76,7	-20.915	624	
10. Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin, (5)		99,9	0,0	99,9	-9.021	-1.130	
11. Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin, (5)		95,0	90,0	95,0	16.528	528	

12.	Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, (5)	(P)	100,0	0,0	100,0	195.870	16.190
13.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin, (5)		100,0	0,0	100,0	1.341	22
14.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	5.927	61
15.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	1.103	0
16.	LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg, (5)		100,0	0,0	100,0	7.206	2.544
17.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg, (5)		75,0	0,0	75,0	27.689	-2.788
18.	Versicherungsservice GmbH Unternehmens- gruppe Landesbank Berlin, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	920	7

SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds - konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)

19.	Check Point Charlie Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands), (5)		0,0	0,0	0,0	216	-33
20.	Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands), (5)		0,0	0,0	0,0	-2.972	3.361
21.	Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands), (5)		0,0	0,0	0,0	-16.549	14.282
22.	Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands), (5)		0,0	0,0	0,0	-9.042	4.796
23.	Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., Saint Helier/Jersey (Channel Islands), (5)		0,0	0,0	0,0	-2.727	1.059
24.	RR II R-11004, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
25.	RR II R-11014, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
26.	RR II R-11017, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
27.	RR II R-11056, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
28.	RR II R-11057, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
29.	RR II R-11063, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
30.	RR II R-11064, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
31.	RR II R-11066, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
32.	RR II R-11072, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
33.	RR II R-11075, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
34.	RR II R-11077, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
35.	RR II R-11080, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
36.	RR II R-11082, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
37.	RR II R-11085, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
38.	RR II R-11087, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
39.	RR II R-11133, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
40.	RR II R-11140, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
41.	RR II R-11144, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
42.	RR II R-11145, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
43.	RR II R-11148, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		
44.	RR II R-11157, City of Wilming- ton/Delaware, (4), (5)		0,0	0,0	0,0		

45. RR II R-11161, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
46. RR II R-11163, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
47. RR II R-11172, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
48. RR II R-11176, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
49. RR II R-11184, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
50. RR II R-11189, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
51. RR II R-11227, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
52. RR II R-11231, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
53. RR II R-11232, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
54. RR II R-11247, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
55. RR II R-11249, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
56. RR II R-11251, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
57. RR II R-11253, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
58. RR II R-11254, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
59. RR II R-11262, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
60. RR II R-11263, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
61. RR II R-11264, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
62. RR II R-11265, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
63. RR II R-11266, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
64. RR II R-11270, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
65. RR II R-11277, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
66. RR II R-11280, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
67. RR II R-11281, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
68. RR II R-11282, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
69. RR II R-11285, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
70. RR II R-11288, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
71. RR II R-11289, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
72. RR II R-11290, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
73. RR II R-11291, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
74. RR II R-11292, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
75. RR II R-11297, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
76. RR II R-11298, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
77. RR II R-11300, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
78. RR II R-11301, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
79. RR II R-11302, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
80. RR II R-11303, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	
81. RR II R-11304, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0	0,0	0,0	

ton/Delaware, (4), (5)						
82. RR II R-11305, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		
83. RR II R-11306, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		
84. RR II R-11308, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		
85. RR II R-11310, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		
86. RR II R-11804, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		
87. RR II R-817, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		
88. RR II R-846, City of Wilmington/Delaware, (4), (5)	0,0		0,0	0,0		

SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds - konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)

89. BB-TBG-Fonds, Berlin, (5)	100,0					
90. dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main, (5)	100,0	87,3	0,0	94.493	3.440	
91. DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main, (5)	100,0		0,0	94.644	9.121	
92. DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main, (5)	100,0		0,0	54.074	-1.476	
93. GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf, (5)	100,0	45,0	0,0	93.650	2.070	
94. LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf, (5)	100,0		30,0	69.488	14.390	
95. LBB-nb 08-Fonds, Berlin, (5)	100,0		100,0	384.362	7.922	
96. LBB Prisma Unit Trust, Georgetown/Kaiman-Inseln, (5)	100,0		0,0	127.001	19.762	
97. UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria, (5)	100,0		0,0	15.338	4.627	
98. WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf, (5)	100,0		0,0	82.876	-2.747	

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)

99. Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0					
100 BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (1)	94,9	100,0	100,0	k. A.	k. A.	31.12.2008
101 Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0		0,0	51	0	
102 B&E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0		100,0	k. A.	k. A.	
103 B&E-Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin	100,0		100,0	k. A.	k. A.	
104 DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	100,0		100,0	k. A.	k. A.	
105 egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0		0,0	104	0	31.12.2008
106 Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-1.618	378	31.12.2008
107 FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0		100,0	422	-4	31.12.2008
107 FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0		100,0	-386	45	31.12.2008
108 FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking, (6)	94,0		94,0	21	2	31.12.2008
109 GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin, (14)	100,0		50,0	2	2	31.12.2008
110 Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin	60,2	100,0	100,0	100	0	
110 Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin	60,2	0,0	60,2	3.833	197	31.12.2008

111	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. . Vermietungs KG, München	78,1	78,1	78,1	61	-518	31.12.2007
112	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, . Berlin, (1)	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2008
113	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleas- . ing KG, Pöcking	92,5	0,0	92,5	134	26.765	31.12.2008
114	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin .	100,0	100,0	100,0	20	0	31.12.2008
115	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & . Co. KG, Berlin	100,0	0,0	100,0	115	-13	31.12.2008
116	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, . Berlin, (1)	100,0	0,0	100,0	2.556	0	31.12.2008
117	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs . KG, München	94,0	0,0	55,3	24	0	31.12.2008
118	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin .	100,0	100,0	100,0	83	-210	31.12.2008
119	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesell- . schaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	530	447	31.12.2008

SIC-12-Gesellschaften, Spezial- und Publikumsfonds - nicht konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)

120	Check Point Charlie Inc., Delaware .	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
121	Chess II Ltd. Series 37, Saint He- . lier/Jersey	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
122	Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., Saint . Helier/Jersey	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
123	Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., Saint . Helier/Jersey	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
124	Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., Saint . Helier/Jersey	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
125	Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., Saint . Helier/Jersey	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008
126	PPC Holdings Ltd., Saint Helier/Jersey .	0,0	0,0	0,0	22	-4	31.12.2008
127	Starts (Ireland) PLC Series 2005-8, . Ireland	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2008

Joint Ventures (IAS 31) - bewertet -

128	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, . Berlin, (15)	45,0	0,0	45,0	4.503	231	
-----	---	------	-----	------	-------	-----	--

Joint Ventures (IAS 31) - nicht bewertet -

129	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft . mbH, Berlin	45,0	0,0	45,0	28	1	31.12.2007
130	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, . Hannover	50,0	0,0	50,0	1.130	8	31.12.2008
131	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige . Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	0,0	50,0	82	52	31.12.2008
132	GbR TOCOTAX .	0,0	0,0	33,3	0	-106	31.12.2008
133	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllen- . dorffstraße/Parkau, Berlin	50,0	50,0	50,0	-2.602	-300	31.12.2008
134	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination . der Landesbank Berlin AG und der Norddeut- . sche Landesbank Girozentrale GbR, Ber- . lin/Hannover	0,0	0,0	50,0	279	51	31.12.2008

Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - bewertet -

135	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin- . Hannover, Berlin/Hannover, (7)	12,0	0,0	12,0	356.914	31.039	
136	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilver- . sum, (15)	42,4	0,0	42,4	351	2	

SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikums- fonds - assoziiert (IAS 28) - bewertet -

137	FlexBond-Plus-INVEST, Berlin, (5)	78,0	0,0	0,0	18.566	916	
138	Führ-Corporate Bond-LBB-INVEST, . Berlin, (5)	21,3	0,0	0,0	96.109	1.261	
139	Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, . Berlin (5)	56,8	0,0	0,0	77.796	10.684	
140	LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, . Berlin, (5)	16,0	0,0	0,0	51.925	7.792	
141	Vermögensstruktur Chance Inhaber- . Anteile, Berlin, (5)	87,9	0,0	0,0	34.796	1.144	
142	Vermögensstruktur Wachstum Inhaber-Anteile, . Berlin, (5)	49,5	0,0	0,0	28.688	829	

Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - nicht bewertet -

143	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. . KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutsch- land -, Berlin	47,5	47,5	47,5	33.707	2.426	31.12.2008
144	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft . mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	72	5	31.12.2008
145	Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am . Main, (3), (13)	25,1	0,0	25,1	10.161	0	
146	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am . Main	25,1	0,0	25,1	9.015	-1.563	30.09.2009
147	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg . GmbH, Berlin	21,8	0,0	21,8	8.376	181	31.12.2008
148	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. . Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin, (14)	49,0	49,0	49,0	-112	0	31.12.2007
149	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt . Rostock KG, München	39,6	0,0	20,0	25	0	31.12.2008
150	Modernisierungsgesellschaft "Wohnen in Berlin- . Charlottenburg, Fritschestraße 67" GbR, Berlin	30,9	0,	30,9	k. A.	k. A.	
151	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf . das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2005
152	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. . KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin, (3)	26,8	26,8	26,8	32.530	2.249	31.12.2007
153	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite . Vermietungs KG, München	49,0	0,0	36,3	-3.182	164	31.12.2008

SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikums- fonds - assoziiert (IAS 28) - nicht bewertet -

154	LBB Special Situations Fund, Hamburg .	4,7	4,7	0,0	k. A.	k. A.	
-----	---	-----	-----	-----	-------	-------	--

Beteiligungen von mindestens 20 v. H.

155	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	-1.876	-101	31.12.2008
156	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin, (10)	49,0	49,0	49,0	3	-1	01.01.2008
157	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin, (10)	48,5	48,5	48,5	-50.432	2.789	31.12.2007
158	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz, (10)	60,0	60,0	60,0	-9	0	31.12.2007
159	Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz, (10)	70,0	70,0	70,0	-84.321	3	31.12.2008
160	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	5	0	31.12.2008
161	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	42	9	30.09.2007
162	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	417	-154	30.09.2007

SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.

163	ACATIS Modul Colleg.Fds-Nr. 1, Luxemburg, (11), (12)	24,8	24,8	0,0	3.990	1	31.12.2008
164	Magna Africa Fund, London, (11), (12),	38,9	38,9	0,0	34.312	-74.861	31.12.2008
165	OP Extra Bond Euro - hedged, Köln, (11), (12)	21,1	21,1	0,0	204.585	10.394	31.12.2008
166	S.A.M. Global II, Graz, Austria, (11), (12)	92,2	92,2	0,0	48.777	-10.707	30.09.2008
167	S.A.M. Vermögensverwaltung Global, Graz Austria, (11), (12)	75,6	75,6	0,0	46.953	-2.314	30.09.2008

(P) Für diese Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gemäß Note 60 des Anhangs.

(1) Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

(2) Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet.

(3) Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5).

(4) Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum "Tender Option Program" der Crown Court I LLC; TOB gesamt in T€: Eigenkapital 4.570; Jahresüberschuss/-fehlbetrag: - 107.197

(5) IFRS Meldedaten der Einzelabschlüsse

(6) Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) beziehungsweise Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.10).

(7) Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7).

(8) Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung).

(9) Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme - Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU.

(10) Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt.

(11) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

(12) Es handelt sich um Publikumsfonds, die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

(13) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungsvertrag zu konzernfremdem Mehrheitsgesell-

schafter.

(14) Zahlen aus dem Jahresabschluss der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH per 31.12.2009

(15) Vorläufige Zahlen per 31.12.2009.

EZB-Kurse zum 31.12.2009

(16) 1 EUR = 1,4406 USD

(17) 1 EUR = 0,8881 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

	Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnis- abführung in TEUR	vom 31.12.2009 abweichender Jahresabschluss
1.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	-56	31.12.2008
2.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin, (2)	Landesbank Berlin AG	16.919	
3.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin, (2)	Landesbank Berlin AG	837	
4.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	2.704	31.12.2008
5.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (2)	Landesbank Berlin AG	790	
6.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (3)	Landesbank Berlin AG	-75	
7.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, (2)	Landesbank Berlin AG	844	
Weitere Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit Konzerngesellschaften der Landesbank Berlin AG				
	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (1)	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin	234	31.12.2008
	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, (1)	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	-18	31.12.2008
(1)	HGB-Zahlen			
(2)	IFRS Meldedaten der Einzelabschlüsse			
(3)	Es besteht ein Verlustvortrag.			

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender bis 10. Juni 2009

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender ab 1. Juli 2009

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff *)

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten *)

ab 8. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Gregor Böhmer

bis 8. Juni 2009

ehem. Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Christina Förster *)

bis 8. Juni 2009

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

ab 8. Juni 2009

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler *)

bis 8. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Spezialist/Teamkoordinator Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG

Sabine Hentschel-Vélez Garzón *) ab 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
Gerald Herrmann *) ab 8. Juni 2009	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di, Bundesver- waltung Berlin
Jürgen Hilse	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppin- gen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Spar- kassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *) bis 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Mitarbeiter im Projektmanagement des Bereichs Informa- tionstechnologie der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Astrid Maurer *) bis 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

Peter Mohr *)
ab 8. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
Kundenbetreuer VermögensanlageCenter der Landes-
bank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau *)
ab 8. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Andreas Rohde *)
bis 8. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der
Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf *)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Bärbel Wulff

stellv. Vorsitzende

Gregor Böhmer

bis 8. Juni 2009

Michael Jänichen

Thomas Mang

ab 9. Juni 2009

Dr. Harald Vogelsang

Frank Wolf

Kreditausschuss

Artur Grzesiek

Vorsitzender

Heinrich Haasis

stellv. Vorsitzender

Gerhard Grandke

ab 9. Juni 2009

Claus Friedrich Holtmann

Michael Jänichen

Thomas Mang

bis 8. Juni 2009

Bärbel Wulff

Vermittlungsausschuss

(besteht seit 31. März 2006)

Christina Förster

bis 8. Juni 2009

Heinrich Haasis

Gerald Herrmann

ab 9. Juni 2009

Peter Schneider

Bärbel Wulff

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 3. März 2010

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

"Wir haben den von der Landesbank Berlin AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Berlin, den 3. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Markus Burghardt)

Wirtschaftsprüfer

(Mark Maternus)

Wirtschaftsprüfer

2.

**Jahresabschluss 2009 der Landesbank Berlin AG und
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				426.455		455.010
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				778.304		1.079.376
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		754.547				(1.056.794)
					1.204.759	1.534.386
Forderungen an Kreditinstitute						
	1, 3, 4					
a) Hypothekendarlehen				285		294
b) Kommunalkredite				1.780.246		2.523.758
c) andere Forderungen				28.992.724		21.729.470
darunter:						
täglich fällig		2.451.094				(2.727.101)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					30.773.255	24.253.522
Forderungen an Kunden						
	1, 3, 4, 5, 11					
a) Hypothekendarlehen				1.611.634		1.571.120
b) Kommunalkredite				8.282.595		6.854.344
c) andere Forderungen				15.333.033		15.717.989
darunter:						
gegen Beleihung von Wertpapieren		5.793				(2.303)
					25.227.262	24.143.453
Schuldverschreibungen						
und andere festverzinsliche Wertpapiere						
	2, 3, 5, 6, 9, 11					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			612.800			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		612.800				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			3.238.645			2.656.921
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		3.237.092				(2.655.071)
bb) von anderen Emittenten			33.802.992			35.218.496
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		29.246.146				(29.635.890)
c) eigene Schuldverschreibungen				37.041.637		37.875.417
Nennbetrag		3.292.802		3.145.490		7.432.943
					40.799.927	45.308.360
Aktien und andere						
nicht festverzinsliche Wertpapiere						
	3, 5, 6, 9				1.342.652	1.455.863
Beteiligungen						
	6				137.020	173.759
darunter:						
an Kreditinstituten		68.124				(102.688)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen						
	6, 9				1.058.793	970.564
darunter:						
an Kreditinstituten		1.029.398				(941.630)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Treuhandvermögen						
	8				82.813	201.281
darunter: Treuhandkredite		82.813				(201.281)
Immaterielle Anlagewerte						
	7, 12				45.790	39.881
Sachanlagen						
	7, 12				136.594	136.164
Sonstige Vermögensgegenstände						
	3, 13				4.030.633	4.270.233
Rechnungsabgrenzungsposten						
	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				97.728		113.333
b) andere				44.012		43.582
					141.740	156.915
Summe der Aktiva:						104.981.238
						102.644.381

Passivseite	Anhang					Vorjahr
	Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				210.463		220.580
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				568.313		1.031.635
c) andere Verbindlichkeiten				38.589.970		40.350.350
darunter:						
täglich fällig		2.654.291				(1.283.376)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					39.368.746	41.602.565
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				362.715		341.129
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				569.323		933.765
c) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			5.244.233			7.436.511
cb) von mehr als drei Monaten			<u>909.954</u>			<u>62.844</u>
d) andere Verbindlichkeiten				6.154.187		7.499.355
darunter:				19.529.761		15.606.757
täglich fällig		11.744.165				(8.350.570)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					26.615.986	24.381.006
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekendarlehen			1.792.029			1.161.482
ab) öffentliche Pfandbriefe			2.296.065			1.750.205
ac) sonstige Schuldverschreibungen			<u>26.336.990</u>			<u>24.817.734</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				30.425.084		27.729.421
darunter:				0		36.570
Geldmarktpapiere		0				(0)
					30.425.084	27.765.991
Treuhandverbindlichkeiten	8				82.813	201.281
darunter: Treuhandkredite		82.813				(201.281)
Sonstige Verbindlichkeiten	15				2.905.029	2.582.201
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				56.138		65.926
b) andere				<u>53.781</u>		<u>77.659</u>
					109.919	143.585
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				538.139		523.640
b) Steuerrückstellungen				4.258		4.481
c) andere Rückstellungen	17			<u>558.890</u>		<u>464.102</u>
					1.101.287	992.223
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 18				1.515.047	2.130.731
Eigenkapital	19					
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			<u>700.000</u>			<u>687.471</u>
b) Kapitalrücklage				1.900.000		1.887.471
c) Gewinnrücklage				920.038		920.038
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für eigene Anteile			0			0
cd) Gewinnrücklagen der Bank			37.289			37.289
ce) andere Gewinnrücklagen			<u>0</u>			<u>0</u>
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				37.289		37.289
				<u>0</u>		<u>0</u>
					2.857.327	2.844.798
					Summe der Passiva:	104.981.238
						102.644.381
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)					2.250.015	3.482.884
					2.250.015	3.482.884
Andere Verpflichtungen						
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					4.154.440	2.821.132
					4.154.440	2.821.132

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2009 TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	20, 28				1.890.619	3.918.602
Provisionsaufwendungen	21, 28				109.252	100.893
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	22, 25, 28				0	27.185
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	23					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			302.198			266.109
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		48.677	94.038			89.766 (46.127)
				396.236		355.875
b) andere Verwaltungsaufwendungen				428.345		420.325
					824.581	776.200
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	7				37.585	34.110
Sonstige betriebliche Aufwendungen					78.088	76.129
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	24				124.005	546.146
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	6				85.226	230.478
Aufwendungen aus Verlustübernahme					851	975
Außerordentliche Aufwendungen	26				7.046	6.905
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27				1.199	-5.564
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen					-3.095	692
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne					335.600	0
Jahresüberschuss					0	-
					Summe der Aufwendungen:	3.490.957
						5.712.751

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2009 TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	20, 25, 28				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			1.725.582		2.565.243
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			922.305		2.238.258
				2.647.887	4.803.501
Laufende Erträge aus	20, 25, 28				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			54.391		84.943
b) Beteiligungen			7.449		27.800
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			56.378		86.956
				118.218	199.699
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	20			1.502	40.808
Provisionserträge	21, 25, 28			338.870	353.043
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	22, 25, 28			43.372	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	6			232.588	115.028
Sonstige betriebliche Erträge	25			106.780	127.466
Erträge aus Verlustübernahme				0	51.144
Außerordentliche Erträge	26			1.740	22.062
Jahresfehlbetrag				-	0
Summe der Erträge:				3.490.957	5.712.751

Anhang der Landesbank Berlin AG 2009

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, die alleinige Aktionärin der Landesbank Berlin AG ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB a.F.). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gem. § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB a.F. stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB a.F.) auf.

Die Landesbank Berlin AG wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (größter Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB a.F.) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe, Neuhardenberg, der Landesbank Berlin Holding AG sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB a.F.

Verbundene Unternehmen					in TEUR	
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	
1.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ⁹⁾	100,00	EUR	5.168	2.469	
2.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	-1.876	-101	
3.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{4) 9)}	94,90	EUR	51	0	
4.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00	EUR	26	0	
5.	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{3) 9)}	91,58	EUR	720.058	44.743	
6.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin ¹¹⁾	100,00	EUR	k. A.	k. A.	
7.	B & E Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00	EUR	k. A.	k. A.	
8.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig ^{1) 11)}	100,00	EUR	k. A.	k. A.	
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ^{12) 13)}	100,00	USD	-22.997	122.109	
10.	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 9) 14)}	100,00	GBP	13.075	490	
11.	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ⁹⁾	100,00	EUR	104	0	
12.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin ^{1) 9)}	94,00	EUR	-1.618	378	
13.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	422	-4	
14.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	-386	45	
15.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ^{1) 8) 9)}	100,00	EUR	100	0	
16.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00	EUR	9.436	0	
17.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00	EUR	60	1.044	
18.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin ^{4) 9)}	94,90	EUR	5.624	0	
19.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{2) 9)}	76,71	EUR	-21.013	-2.186	

Verbundene Unternehmen						in TEUR	
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	
20.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁹⁾	99,93		EUR	-7.873	-4	
21.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ⁹⁾	60,22		EUR	3.833	197	
22.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 7)}	78,10		EUR	61	-518	
23.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4) 9)}	100,00		EUR	26	0	
24.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking ⁹⁾	92,49	92,47	EUR	134	26.765	
25.	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ^{2) 9)}	95,00		EUR	16.442	0	
26.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	20	0	
27.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ⁹⁾	100,00		EUR	115	-13	
28.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00		EUR	2.556	0	
29.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg ^{3) 12)}	100,00		EUR	197.968	18.288	
30.	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH i. L., Klettwitz ^{1) 7)}	60,00		EUR	-9	0	
31.	Lausitzring GmbH & Co. KG i. L., Klettwitz ^{1) 9)}	70,00		EUR	-84.321	3	
32.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ⁹⁾	100,00		EUR	1.319	72	
33.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{4) 9)}	100,00		EUR	256	0	
34.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{4) 9)}	100,00		EUR	1.103	0	
35.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ⁹⁾	100,00		EUR	3.000	0	
36.	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München ⁹⁾	94,00	55,30	EUR	24	0	
37.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ¹²⁾	74,99		EUR	27.689	-2.788	
38.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	83	-210	
39.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	5	0	
40.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin , Berlin ^{4) 9)}	100,00		EUR	793	0	
41.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	100,00		EUR	530	447	
42.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{1) 6)}	75,00		EUR	42	9	
43.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{1) 6)}	75,00		EUR	417	-154	
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.						in TEUR	
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	
44.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 9)}	47,47		EUR	33.707	2.426	
45.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 9)}	30,00		EUR	72	5	
46.	Atos Worldline Processing GmbH , Frankfurt am Main ^{4) 9)}	25,10		EUR	9.889	0	
47.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ¹⁰⁾	25,10		EUR	9.015	-1.563	
48.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ⁹⁾	21,79		EUR	8.376	181	
49.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ⁹⁾	45,00		EUR	4.271	912	
50.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ⁷⁾	45,00		EUR	28	1	
51.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover ⁹⁾	50,00		EUR	1.130	8	
52.	CidSI! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ⁹⁾	50,00		EUR	133	52	
53.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. KG, Pöcking ^{1) 9)}	94,00	50,00	EUR	21	2	
54.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 8)}	49,00		EUR	-184	0	
55.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin ^{1) 9)}	49,00		EUR	3	-1	
56.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin ¹⁾	48,48		EUR	-50.432	2.789	
57.	GbR TOCOTAX ⁹⁾	0,00	33,33	EUR	0	-106	
58.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ^{1) 9)}	50,00		EUR	-2.602	-300	
59.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ⁹⁾	39,60	20,00	EUR	25	0	
60.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover ⁹⁾	0,00	50,00	EUR	279	51	
61.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ⁹⁾	42,39		EUR	439	210	
62.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 5)}	0,00	40,00	EUR	0	0	
63.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 7)}	26,80		EUR	32.530	2.249	
64.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ⁹⁾	49,00	36,30	EUR	-3.182	164	

- 1 Mittelbar gehalten.
- 2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile
- 3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem Abdruck unter Ziffer (29) des Anhangs
- 4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.
- 5 Es liegen Daten zum 31.12.2005 vor.
- 6 Es liegen Daten zum 30.09.2007 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.
- 7 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.
- 8 Zahlen aus JVAnteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)
- 9 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.
- 10 Es liegen Daten zum 30.09.2009 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.
- 11 Neugründung im Juli 2009.
- 12 Es handelt sich um IFRS-Konsolidierungszahlen per 31.12.2009

EZB-Kurse vom 31.12.2009

- 13 1 EUR = 1,4406 USD
- 14 1 EUR = 0,8881 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
2. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
3. Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin
4. IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin
5. LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
6. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
7. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des DRSC und die Bestimmungen der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der Landesbank Berlin AG, einbezogen.

Soweit in diesem Anhang auf Rechtsvorschriften des HGB in der Fassung vor Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) Bezug genommen wird, ist dies durch den Zusatz „a.F.“ kenntlich gemacht.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden bis auf die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen und die Gliederung der Formblattbilanz beibehalten. Die Änderung der Formblattbilanz war notwendig, da mit Inkrafttreten des BilMoG am 29.05.2009 der Begriff Realkreditinstitut durch den Begriff Pfandbriefbank in der RechKredV ersetzt wurde.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB a.F.. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 2 HGB a.F. i.V.m. § 340e Abs.1 HGB a.F. der Wert beibehalten. Investmentfondsanteile im Anlagevermögen wurden mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gem. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB a.F. angesetzt. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Die Wertpapiere des Handelsbestandes sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet und einer kompensatorischen Einzelbewertung unterzogen. Sofern Bewertungseinheiten der Liquiditätsreserve zugeordnet sind, werden negative Salden aus den Bewertungsergebnissen von Grund- und Sicherungsgeschäft erfolgswirksam berücksichtigt. Für Bewertungseinheiten im Anlagevermögen werden negative Bewertungsüberhänge nur erfolgswirksam berücksichtigt, sofern diese als dauerhaft einzustufen sind. Positive Bewertungsüberhänge werden nicht vereinnahmt.

Aufgrund der Marktentwicklung im Laufe des Geschäftsjahres 2009 waren im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008 vermehrt belastbare Quotierungen an den Märkten beobachtbar, so dass die im Jahr 2008 noch dominierende Modellbewertung überwiegend durch die Verwendung von Marktpreisen (Quotes externer Anbieter) ersetzt wurde. Dieser Marktentwicklung folgend standen für einen Großteil der Bestände bei Schuldverschreibungen bis zum 31.12.2009 Markt- bzw. Transaktionspreise zur Verfügung.

Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen werden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6,0 %. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Bewertung des Handelsbestands

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolien bzw. Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

In der Niederlassung London werden bei den Zinsportfolien alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen, bei den Kreditderivatportfolien je Underlying. In den Portfolien werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestandes einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen miteinander verrechnet. In Zinsportfolien werden positive Bewertungsüberhänge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolien erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die am Standort Berlin einer gesamtheitlichen Risikosteuerung unterliegenden Portfolien werden einem Mark-to-Market Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value at Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird dazu der Value at Risk mit den Parametern von 10 Tagen Haltedauer und einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Portfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für welche die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB a.F.).

Die Bank hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340h Abs. 2 Satz 2 HGB a.F. für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 Satz 1 und 2 HGB a.F. in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute		
- bis drei Monate	18.110	15.246
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	11.018	6.854
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.320	1.376
- mehr als fünf Jahre	325	778
Insgesamt	30.773	24.254
Forderungen an Kunden		
- bis drei Monate	5.615	5.653
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.977	2.611
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.557	5.856
- mehr als fünf Jahre	10.078	10.023
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.649)	(1.860)
Insgesamt	25.227	24.143
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
- bis drei Monate	24.771	31.872
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	12.445	7.263
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.356	1.534
- mehr als fünf Jahre	797	934
Insgesamt	39.369	41.603
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
- bis drei Monate (Restlaufzeit)	22	7
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	847	5
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	37	47
- mehr als fünf Jahre	4	4
Insgesamt	910	63
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen		
- bis drei Monate	16.166	12.268
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.602	1.358
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.357	1.436
- mehr als fünf Jahre	1.337	1.820
Insgesamt	20.462	16.882
Verbriefte Verbindlichkeiten Andere verbiefte Verbindlichkeiten		
- mehr als fünf Jahre	0	37
Insgesamt	0	37

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Enthalten in Position:		
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.447	8.027
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	4.168	2.459

(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	5.349	4.942
Forderungen an Kunden	428	529
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.135	1.445
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	204	209
Sonstige Vermögensgegenstände	6	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.892	2.778
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	416	193
Verbriefte Verbindlichkeiten	497	540
Nachrangige Verbindlichkeiten	897	1.813

(4) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	0	83
Forderungen an Kunden	75	283
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58	46
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	33	38

(5) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kunden	81	115
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	80	80
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39	116
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	221	224

¹⁾ Vorjahreszahl wurde angepasst

(6) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2008	8.500	546	174	970
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2008	8.609	713	180	999
Zugänge 2009	207			88
Abgänge 2009	1.277	55	26	
Umbuchungen 2009	18.373	198		
Effekte aus Wechselkursänderungen	-7			
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2009	25.905	856	154	1.087
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2008	0	0	2	0
Zugänge 2009	147	21		1
Abgänge 2009	0	0		0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2009	147	21	2	1
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2008	109	167	8	29
Zugänge 2009	15	30	11	
Abgänge 2009	7	1		
Umbuchungen 2009				
Effekte aus Wechselkursänderungen	-1			
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2009	116	196	19	29
Buchwert zum 31.12.2009	25.936	681	137	1.059

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB a.F. verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. EUR	Buchwerte	2009 beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	2008 unterlassene Abschreibungen kumuliert
Schuldverschreibungen	8.115	7.814	301	374
Investmentfondsanteile	0	0	0	36
Insgesamt	8.115	7.814	301	410

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spreadinduzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

Investmentfondsanteile im Anlagevermögen wurden mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB a.F. angesetzt.

(7) Entwicklung des Sachanlagevermögens

in Mio. EUR	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
Buchwert zum 31.12.2008	136	40
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2008	321	204
Zugänge 2009	20	24
Abgänge 2009	10	6
Umbuchungen 2009	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2009	331	222
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2008	1	0
Zugänge 2009	1	0
Abgänge 2009	0	0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2009	2	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2008	186	164
Zugänge 2009	19	18
Abgänge 2009	9	6
Umbuchungen 2009	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2009	196	176
Buchwert zum 31.12.2009	137	46

(8) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kunden	83	201
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82	200
	83	201

(9) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	40.800	45.308	38.803	41.989	1.997	3.319
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	850	876	565	728	285	148
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.029	942	757	670	272	272

(10) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Vermögensgegenstände	9.053	11.738
Verbindlichkeiten	5.882	5.919

(11) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Wertpapiere	18.430	23.797
Wirtschaftskredite	1.875	767
Gesamt	20.305	24.564

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme 7.500 (i.Vj.: 16.842) Mio. EUR.

Außerdem wurden zum Bilanzstichtag Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 7.163 (i.Vj.: 3.407) Mio. EUR als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 274 (i.Vj.: 224) Mio. EUR als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften gegeben hat. Als Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 1.430 (i.Vj.: 771) Mio. EUR hinterlegt. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 1 (i.Vj.: 1) Mio. EUR zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 10.550 (i.V.: 9.970) Mio. EUR.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden in 2009 Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 165 Mio. EUR an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

(12) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Von den Grundstücken und Gebäuden werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien mit einem Buchwert von 24 (i.Vj.: 23) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 110 (i.Vj.: 110) Mio. EUR enthalten.

Immaterielle Anlagewerte / Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige lineare bzw. degressive (zum Teil bei Anschaffungen bis 2007) Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögenswerte / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	15 / 25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 - 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 - 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- EUR werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- EUR brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die gemäß § 6 Abs. 2 EStG über 5 Jahre oder differenziert je nach Anlageklasse über 3-13 Jahre abgeschrieben werden.

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen aus Collateral	2.335	2.207
Aktivposten aus Portfolien	1.474	1.457
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	75	110
Übrige	147	496
Insgesamt	4.031	4.270

Die Aktivposten aus Portfolien umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien, Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

(14) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 62,0 (i.Vj.: 38,5) Mio. EUR sowie von Wertpapieren in Höhe von 9,7 (i.Vj.: 48,1) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 35,7 (i.Vj.: 35,5) Mio. EUR.

(15) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.615	1.447
Passivposten aus Portfolien	1.078	891
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps	85	153
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	20	7
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	16	21
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	13	39
Übrige	78	24
Insgesamt	2.905	2.582

Die Passivposten aus Portfolien beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

(16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 20,9 (i.Vj.: 30,8) Mio. EUR ausgewiesen.

(17) Andere Rückstellungen

Im Zuge der Sanierung der Bank und für die damit im Zusammenhang stehende Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 sowie die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2009 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen und Zuführungen (Aufzinsung) entsprechende Veränderungen.

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Rückstellungen für drohende Inanspruchnahme aus Portfolien und Finanzgeschäften	200	109
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	101	108
Rückstellungen EU-Entscheidung	66	67
Rückstellungen im Personalbereich	67	48
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	17	23
Übrige	108	109
Insgesamt	559	464

(18) Nachrangige Verbindlichkeiten

		Nominalwerte in Mio.			
		Währung	EUR	Zinssatz	Fälligkeit
(1)	* FRF	1.000	152	5,37500	2010
(2)	* DM	250	128	5,37500	2010
(3)	* EUR	6	6	5,37500	2010
(4)	* EUR	23	23	5,37500	2010
(5)	* USD	250	174	7,12500	2012
(6)	* GBP	150	169	8,00000	2012
(7)	* JPY	3.500	26	FRN	2013
(8)	* JPY	3.000	23	FRN	2018
(9)	* JPY	1.000	8	FRN	2018
(10)	EUR	1	1	6,70000	2018
(11)	EUR	10	10	6,70000	2018
(12)	EUR	20	20	6,62500	2018
(13)	EUR	5	5	6,61000	2018
(14)	EUR	20	20	6,60000	2018
(15)	EUR	1	1	6,60000	2018
(16)	EUR	1	1	6,60000	2018
(17)	EUR	5	5	6,64000	2018
(18)	EUR	5	5	6,63000	2018
(19)	EUR	5	5	6,65500	2018
(20)	EUR	10	10	6,68000	2018
(21)	EUR	10	10	6,82000	2018
(22)	EUR	10	10	6,82000	2018
(23)	* EUR	75	75	mindestens 4,75000	2019
(24)	EUR	500	500	5,87500	2019
(25)	EUR	1	1	5,67000	2019
(26)	EUR	6	6	6,67000	2019
(27)	EUR	1	1	5,60000	2019
(28)	EUR	10	10	5,85000	2020
(29)	* JPY	15.000	113	5,15000	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (1), (5), (6) und (24) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten (1) und (2) wurden 1999 redenominiert (152 bzw. 128 Mio. EUR).

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (23) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2009 beträgt 39,8 (i.Vj.: 101,5) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 33,5 (i.Vj.: 14,7) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2009 sind 1.326,6 (i.Vj.: 1.268,3) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 511,4 (i.Vj.: 555,1) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten sind 308,9 (i.Vj.: 1.386,2) Mio. EUR vor Ablauf von 2 Jahren fällig.

(19) Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der Landesbank Berlin AG zum Bilanzstichtag 1.200 Mio. EUR und ist in 1.200 Mio. nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von 700 (i.Vj.: 687,5) Mio. EUR. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920 (i.Vj.: 920) Mio. EUR. Die Gewinnrücklagen belaufen sich auf 37,3 (i.Vj.: 37,3) Mio. EUR.

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

(20) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2009	2008
Zinserträge	2.648	4.803
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.726	2.565
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	922	2.238
Laufende Erträge	118	200
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	54	85
aus Beteiligungen	8	28
aus verbundenen Unternehmen	56	87
Erträge aus Gewinngemeinschaften	2	41
Zinsaufwendungen	1.891	3.919
für Einlagen	1.154	2.681
für verbriefte Verbindlichkeiten	697	1.136
für nachrangige Verbindlichkeiten	40	102
Insgesamt	877	1.125

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwände in Höhe von 528,5 (i.Vj.: 15,8) TEUR und aperiodische Zinserträge in Höhe von 183,4 (i.Vj.: 24.154,9) TEUR enthalten.

(21) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2009	2008
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	52	70
Wertpapiere/Vermögensanlagen	52	70
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	103	104
Kreditgeschäft	15	28
Kreditgeschäft	9	9
Avalprovisionen	3	15
Auslandsgeschäft	3	4
Kartengeschäft	52	43
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	7
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	7	6
Insgesamt	230	252

(22) Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. EUR	2009	2008
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	125	62
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	-70	-6
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	-12	-83
Handelsergebnis	43	-27

(23) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2009	2008
Gebäude- und Raumkosten	97	97
EDV	135	133
Werbung und Marketing	23	21
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	29	27
Geschäftsbetriebskosten	39	39
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	11	12
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	92	89
Insgesamt	428	420

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

(24) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2009	2008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	118	36
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	6	510
Insgesamt	124	546

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Berechnungsmethode für die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung wurde im Berichtszeitraum umgestellt. In den Vorjahren erfolgte die Berechnung in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994. Nunmehr wird die Pauschalwertberichtigung auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt, womit die aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen zeitnäher und adäquater abgebildet werden. Weiterhin wurde mit der Umstellung der Berechnungsmethodik die Grundgesamtheit der einbezogenen Geschäfte erweitert, da nunmehr auch Wertpapiere, Forderungen gegenüber Kreditinstituten sowie außerbilanzielle Geschäfte einbezogen werden. Nach bisheriger Berechnungsmethode hätte sich zum 31.12.2009 eine 10,7 Mio. EUR höhere Risikovorsorge ergeben.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt¹⁾:

in Mio. EUR	Adressenrisiko				Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam					
	Direktabschreibungen		Einzelwertberichtigung		Pauschalwertberichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2009	2008	2009	2008		
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008						
Stand 01.01.			903	1.015	126	114	23	30	13	10	1.065	1.169		
Zuführungen			191	156		12	5	2	3	5	199	175	199	175
Inanspruchnahmen			266	142			1	0			267	142		
Auflösungen			57	143	30		10	9	5	2	102	154	102	154
Direktabschreibungen Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	26	16											26	16
Umbuchungen ²⁾ Wechselkurs- änderungen	5	1	-5	12							-5	12	5	1
Stand 31.12. ¹⁾	21	15	764	903	96	126	17	23	11	13	888	1.065	118	36

¹⁾ ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 39 Mio. EUR (i.V.: 49 Mio. EUR)

²⁾ Auflösung der stillen Reserven von 5 Mio. EUR in den Umbuchungen ausgewiesen.

Der **Bestand** der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	36	17
Forderungen an Kunden ¹⁾	835	1.025
Rückstellungen	17	23
Insgesamt	888	1.065

¹⁾ Angaben ohne Altkredite

(25) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. EUR	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinserträge	2.448	4.280	200	523	2.648	4.803
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	118	200	0	0	118	200
Provisionserträge	324	344	15	9	339	353
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	62	0	-19	0	43	0
Sonstige betriebliche Erträge	106	125	1	2	107	127

(26) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

in Mio. EUR	2009	2008
Außerordentliche Aufwendungen	7	7
aus Zuführung Restrukturierungsrückstellungen	4	4
davon: Personal	0	0
Flächenmanagement	4	4
aus Zuführung zu Rückstellungen aufgrund EU-Entscheidung	3	3
Sonstige	0	0
Außerordentliche Erträge	2	22
aus Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	2	14
davon Personal	0	10
Flächenmanagement	2	4
Sachaufwand	0	0
aus Auflösung von Rückstellungen aufgrund EU-Entscheidung	0	8
Insgesamt	-5	15

(27) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand der Landesbank Berlin beinhaltet Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen der Vorjahre in Höhe von 0,2 (i.Vj. 4,7) Mio. EUR. .

(28) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. Euro	Private Kunden	Firmen- kunden	Immobilien- finanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	331	125	110	311	877
davon enthaltene Beteiligungserträge ¹⁾	4	2	0	1	7
Provisionsüberschuss	199	34	9	-12	230
Nettoergebnis	entfällt	entfällt	entfällt	43	43

¹⁾ ohne verbundene Unternehmen und Erträge aus Gewinngemeinschaften

Die Beteiligungserträge sind den Strategischen Geschäftsfeldern entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

Sonstige Angaben

(29) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der LBB Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011, durch die Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der Landesbank Berlin zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Diese im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU Kommission vom 18. Februar 2004 übernommenen Verpflichtungen enden fünf Jahre nach den vorgenannten Fristen. Sie stellen kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der Landesbank Berlin AG und Landesbank Berlin Holding AG sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen des Verkäufers aus der von ihm übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag mit Wirkung für die Zukunft. Für deren Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung des Verkäufers als Gewährträger.

Die Landesbank Berlin AG ist zu 91,6 (i.Vj.: 90,4) % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Die Landesbank Berlin AG selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge wurden nach risikoorientierten Grundätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 72,7 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Die Patronatserklärungen der Landesbank Berlin AG stellen sich wie folgt dar:

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB a.F. entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 1.002,6 (i.Vj.: 1.153,2) Mio. EUR, davon 0,0 (i.Vj.: 0,3) Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen bestanden zum Jahresende für die Beteiligungen der Bank in Höhe von 2,2 (i.Vj.: 2,2) Mio. EUR. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 12,6 (i.Vj.: 12,6) Mio. EUR.

Aus dem Vertrieb von Anteilen geschlossener Immobilienfonds bestehen Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Andienungsrechten der Anteilszeichner in Höhe von insgesamt 184 (i.Vj.: 184) Mio. EUR. Zur Abschirmung der daraus eventuell entstehenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 5 (i.Vj.: 4) Mio. EUR. Die mögliche Fälligkeit dieser Beträge liegt im Jahr 2019.

(30) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2009	2008
Gesamtbezüge des Vorstands	4.475	6.861
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	262	268
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	6.442	8.046
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	68.530	65.017

¹⁾ ohne Umsatzsteuer

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands ist eine erfolgsabhängige (variable) Vergütung in Höhe von 0 (i.Vj.: 2.015) TEUR enthalten. Die Zahlungen für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene werden um Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 22 (i.Vj.: 1.668) TEUR erhöht ausgewiesen.

Den im **Geschäftsjahr 2009** amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2009 die nachstehenden Vergütungen zuteil:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB) ³⁾	483	0	13	496
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(231)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB) ⁴⁾	746	0	46	792
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(288)</i>			
Serge Demolière (LBB)	1.008	0	34	1.042
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	0	33	742
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Vergütungsaufwand	4.267	0	208	4.475

¹⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Vetter ist im Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der LBB Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

⁴⁾ Herr Dr. Evers ist ab dem 1. Juli 2009 Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes der LBB Holding und Vorsitzender des Vorstandes der LBB.

Den im **Geschäftsjahr 2008** amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2008 die nachstehenden Vergütungen zuteil.

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	1.074	650	26	1.750
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(521)</i>			
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	632	275	45	952
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Uwe Kruschinski ³⁾		30		30
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>				
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	695	400	33	1.128
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Vergütungsaufwand	4.626	2.015	220	6.861

¹⁾ Dargestellt ist der erfolgsabhängige (variable) Teil der Jahresvergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Uwe Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9a Satz 6 bis 9 HGB a.F. sind im Lagebericht enthalten.

Die für das **Geschäftsjahr 2009** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2009	2008		2009	2008
Mitglieder des Aufsichtsrats			Mitglieder des Aufsichtsrats		
Heinrich Haasis	36	36	Claus Friedrich Holtmann	17	17
Bärbel Wulff	29	29	Michael Jänichen	23	23
Heiko Barten	6	-	Daniel Kasteel ³⁾	4	11
Dietmar P. Binkowska ²⁾	-	16	Thomas Mang	17	17
Gregor Böhmer ³⁾	7	17	Astrid Maurer ³⁾	4	11
Christina Förster ³⁾	4	11	Peter Mohr	6	-
Gerhard Grandke ¹⁾	9	-	Wolfgang Pansegrau ¹⁾	6	-
Artur Grzesiek ⁴⁾	18	2	Andreas Rohde ³⁾	4	11
Sascha Händler ³⁾	4	11	Peter Schneider	11	11
Sabine Hentschel-Vélez Garzón ¹⁾	6	-	Dr. Harald Vogelsang	17	17
Gerald Herrmann ¹⁾	6		Frank Wolf	17	17
Jürgen Hilse	11	11			
Summe				262	268
zuzügl. USt				42	42
Gesamtaufwand				304	310

¹⁾ Mitglied seit 8. Juni 2009

²⁾ Mitglied bis 21. November 2008

³⁾ Mitglied bis 8. Juni 2009

⁴⁾ Mitglied seit 24. November 2008

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2009	2008
an Mitglieder des Vorstands	296	344
an Mitglieder des Aufsichtsrats	98	0

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Darlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Bei den Mitgliedern des Vorstandes resultiert die Veränderung insbesondere aus der Tilgung eines Darlehens. Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats ist die Entwicklung im Wesentlichen auf die veränderte Zusammensetzung des Gremiums zurückzuführen.

(31) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2009	2008
Vollzeitbeschäftigte	3.680	3.712
Teilzeitkräfte	992	982
Auszubildende	271	256
Insgesamt	4.943	4.950

(32) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands der Landesbank Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs.4 Nr. 1 HGB a.F.) und von Mitarbeitern der Landesbank Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

(33) Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2009						
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte	138.406	188.618	123.819	450.843	10.491	10.626
Börsengehandelte Produkte	2.147	567	0	2.714	0	0
Futures	2.019	567	0	2.586	0	0
Options	128	0	0	128	0	0
OTC-Produkte	136.259	188.051	123.819	448.129	10.491	10.626
Zinsswaps	98.788	164.489	92.526	355.803	9.787	9.860
Forward Rate Agreements	20.731	563	0	21.294	25	25
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	6.993	11.345	16.329	34.667	300	479
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	9.747	11.654	14.964	36.365	379	262
Währungsbezogene Geschäfte	8.649	2.495	265	11.409	159	103
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	8.649	2.495	265	11.409	159	103
Devisentermingeschäfte	6.870	6	0	6.876	93	65
Cross-Currency-Swaps	1.716	2.489	265	4.470	66	38
Devisenoptionen, Käufe	32	0	0	32	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	31	0	0	31	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Aktienderivate und sonstige	1.918	4.062	81	6.061	562	583
Börsengehandelt	1.036	457	1	1.494	59	99
Futures	237	9	1	247	0	0
Options	799	448	0	1.247	59	99
OTC	882	3.605	80	4.567	503	484
Aktien-Index-Swaps	333	251	10	594	50	67
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	447	1.890	44	2.381	453	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	102	1.464	26	1.592	0	417
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	769	6.652	821	8.242	56	72
Insgesamt	149.742	201.827	124.986	476.555	11.268	11.384

Das Derivategeschäft der Landesbank Berlin AG entfällt auf Mikro- und Makroeinheiten zur Absicherung von Marktrisiken einzelner bilanzieller Grundgeschäfte und Derivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus Positionsüberhängen im Bankbuch sowie auf Handelsgeschäfte.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungsklasse Institute	388	560
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	396	317
Insgesamt	784	877

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt wobei das Kontrahentenrating berücksichtigt ist.

(34) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in TEUR	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Nennwert Deckungsmasse	2.898.460	2.182.680	5.314.274	5.783.996
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.343.142	1.741.142	3.540.476	3.734.575
Nennwertüberdeckung	555.318	441.538	1.773.798	2.049.421
Barwert Deckungsmasse	3.034.329	2.317.479	5.516.459	6.065.972
Barwert Pfandbriefumlauf	2.418.788	1.786.508	3.517.564	3.777.335
Barwertüberdeckung	615.541	530.971	1.998.895	2.288.637
Risikobarwert Deckungsmasse	2.927.407	2.231.291	5.418.978	5.961.961
Risikobarwert Umlauf	2.343.369	1.746.203	3.620.414	3.831.221
Risikobarwertüberdeckung	584.038	485.088	1.798.564	2.130.740

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen in TEUR	31.12.2009		31.12.2008	
	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
Ersatzdeckung	8,01	232.198		
Bis zu einem Jahr	31,79	921.210	35,64	724.426
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	4,64	134.542		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	6,90	199.975		
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	9,24	267.921		
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	7,02	203.558		
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	27,89	808.417	30,15	612.698
> 10 Jahre	4,51	130.639	5,36	108.860
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren			28,85	586386
Gesamt:	100,00	2.898.460	100,00	2.032.370

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	31.12.2009		31.12.2008	
	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
bis zu einem Jahr	22,82	535.000	31,88	555.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	12,80	299.827		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	13,02	305.000		
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	12,32	288.565		
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	10,62	248.750		
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	28,42	666.000	26,75	465.750
> 10 Jahre	0,00		0,00	0
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren			41,37	720.392
Gesamt:	100,00	2.343.142	58,63	1.741.142

Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil	Deckungsmasse	Anteil	Deckungsmasse
	%	TEUR	%	TEUR
		31.12.2009		31.12.2008
Ersatzdeckung	0,00	0		
bis zu einem Jahr	30,65	1.628.430	31,15	1.801.634
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	10,96	582.582		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	9,19	488.438		
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	9,85	523.622		
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	11,50	611.396		
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	27,73	1.473.664	35,16	2.033.868
> 10 Jahre	0,12	6.142	0,70	40.359
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren			32,99	1.908.135
Gesamt:	100,00	5.314.274	100,00	5.783.996

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil	Deckungsmasse	Anteil	Deckungsmasse
	%	TEUR	%	TEUR
		31.12.2009		31.12.2008
bis zu einem Jahr	29,58	1.047.359	30,21	1.128.438
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	37,66	1.333.290		
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	6,98	247.000		
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	10,67	377.827		
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	4,15	147.000		
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	10,96	388.000	9,32	348.000
> 10 Jahre	0,00		0,00	0
> 1 Jahr und bis zu 5 Jahren			60,47	2.258.137
Gesamt:	100,00	3.540.476	100,00	3.734.575

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Hypothekendeckungsregister

Größenklassen		
TEUR	31.12.2009	31.12.2008
bis 300.000 EUR	318.807	277.014
mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	1.221.350	1.054.054
mehr als 5.000.000 EUR	1.126.105	701.302
Summe:	2.666.262	2.032.370

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
TEUR	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Deutschland	50.344	33.069	108.419	81.292	476.988	488.552	635.751	602.913
Länder gesamt:	50.344	33.069	108.419	81.292	476.988	488.552	635.751	602.913

Regionen:	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
TEUR	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Bayern	0	0	1.025	0	6.430	6.430	7.455	6.430
Berlin	37.322	23.440	74.388	57.193	400.683	420.697	512.393	501.330
Brandenburg	7.759	4.951	30.706	21.646	34.109	31.622	72.574	58.219
Hamburg	156	156	0	0	881	884	1.037	1.040
Hessen	101	173	166	173	2.261	2.681	2.528	3.027
Mecklenburg-Vorpommern	1.432	1.417	0	0	3.037	3.038	4.469	4.455
Niedersachsen	118	121	159	159	6.927	7.403	7.204	7.683
Nordrhein-Westfalen	2.890	1.992	280	512	9.721	9.669	12.891	12.173
Sachsen	0	0	644	509	10.589	5.337	11.233	5.846
Sachsen-Anhalt	0	221	186	198	2.352	255	2.538	674
Schleswig-Holstein	78	72	842	880	0	0	920	952
Thüringen	488	526	21	22	0	536	509	1.084
Gesamt:	50.344	33.069	108.417	81.292	476.990	488.552	635.751	602.913

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Deutschland	1.036.136	808.807	431.699	382.142	186.189	101.127	264.503	136.803	0	0	997	578	1.919.524	1.429.457
Frankreich	110.987	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110.987	0
Länder gesamt:	1.147.123	808.807	431.699	382.142	186.189	101.127	264.503	136.803	0	0	997	578	2.030.511	1.429.457

Bundesländer	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Gesamt			
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008		
Baden-Württemberg	6.288	3.933	58.559	48.713	21.848	14.696	17.658	11.418	0	0	0	0	104.353	78.760
Bayern	47.552	30.299	12.707	6.783	2.640	1.074	19.418	19.418	0	0	183	183	82.500	57.757
Berlin	706.825	640.119	55.026	43.086	74.496	38.870	45.061	33.771	0	0	438	102	881.846	755.948
Brandenburg	34.784	29.376	49.552	55.899	27.190	25.507	8.967	6.750	0	0	376	293	120.869	117.825
Bremen	0	0	2.253	1.236	0	0	0	0	0	0	0	0	2.253	1.236
Hamburg	4.957	5.747	0	0	0	0	11.408	11.408	0	0	0	0	16.365	17.155
Hessen	69.644	37.746	16.581	15.391	28.656	6.953	0	1.128	0	0	0	0	114.881	61.218
Mecklenburg- Vorpommern	2.623	621	17.104	16.488	0	0	107	1.432	0	0	0	0	19.834	18.541
Niedersachsen	27.471	4.164	42.874	38.851	5.940	5.485	14.755	14.050	0	0	0	0	91.040	62.550
Nordrhein-Westfalen	88.242	30.596	55.224	45.431	12.987	6.934	109.293	15.300	0	0	0	0	265.746	98.261
Rheinland-Pfalz	5.812	399	10.801	6.134	0	0	6.787	4.493	0	0	0	0	23.400	11.026
Saarland	0	0	2.064	2.064	152	0	0	0	0	0	0	0	2.216	2.064
Sachsen	14.980	9.254	14.495	12.561	446	366	22.505	17.523	0	0	0	0	52.426	39.704
Sachsen-Anhalt	9.992	8.861	33.173	33.046	4.398	144	3.386	0	0	0	0	0	50.949	42.051
Schleswig-Holstein	6.780	0	18.661	17.026	6.950	612	0	0	0	0	0	0	32.391	17.638
Thüringen	10.186	7.692	42.625	39.433	486	486	5.158	112	0	0	0	0	58.455	47.723
Île-de-France	110.987	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110.987	0
Gesamt:	1.147.123	808.807	431.699	382.142	186.189	101.127	264.503	136.803	0	0	997	578	2.030.511	1.429.457

Angabe gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Lage des Grundpfandrechts	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
TEUR				
Deutschland	9,0	10,3	8,5	14,7
Gesamt:	9,0	10,3	8,5	14,7
Berlin	6,8	7,8	6,6	12,8
Brandenburg	2,2	2,0	1,9	1,0
Deutschland gesamt:	9,0	9,8	8,5	13,8

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2009	2008	2009	2008
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Betrag in TEUR	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2009	2008	2009	2008
Rückständige Zinsen, soweit diese nicht bereits in den vorhergehenden Jahren abgeschrieben worden sind	38,0	38,6	96,0	50,2

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

Schuldner (direkt oder mit Garantie)	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Deutschland	302.191	486.480	2.394.364	2.443.133	220.467	217.402	2.193.934	2.321.168	5.110.956	5.468.183
Österreich	0	0	0	0	0	0	43.148	42.016	43.148	42.016
Rumänien	50.000	45.602	0	0	0	0	0	0	50.000	45.602
Ungarn	100.000	114.274	0	0	0	0	0	0	100.000	114.274
Polen	10.000	47.584	0	0	0	0	0	0	10.000	47.584
Insgesamt	462.191	693.940	2.394.364	2.443.133	220.467	217.402	2.237.082	2.363.184	5.314.104	5.717.659

Angabe gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Deutschland	0	0	0	0	0	0		21	0	21
Gesamt:	0	0	0	0	0	0	0	21	0	21

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender bis 10. Juni 2009

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender ab 1. Juli 2009

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff *)

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten *)

ab 8. Juni 2009

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Gregor Böhmer

bis 8. Juni 2009

ehem. Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Christina Förster *)

bis 8. Juni 2009

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

ab 8. Juni 2009

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler *) bis 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Spezialist/Teamkoordinator Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG
Sabine Hentschel-Vélez Garzón *) ab 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
Gerald Herrmann *) ab 8. Juni 2009	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen ver.di, Bundesverwaltung Berlin
Jürgen Hilse	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *) bis 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Projektmanagement des Bereichs Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Astrid Maurer *) bis 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
Peter Mohr *) ab 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Kundenbetreuer VermögensanlageCenter der Landesbank Berlin AG
Wolfgang Pansegrau *) ab 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Andreas Rohde *) bis 8. Juni 2009	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 22. Februar 2010

Vorstand

Dr. Evers

Demolière

Kulartz

Müller

Dr. Veit

Anlagen

- Anlage 1: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)
- Anlage 2: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB, § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31.12.2009 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
 - ◊ auch nach § 340a Abs. 4 Nr.1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands (seit 01.07.2009)

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (seit 01.07.2009)

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◊
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin ◊
(seit 11.09.2009, zuvor seit 17.07.2009 Mitglied des Aufsichtsrats)
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ◊
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
(seit 22.09.2009, zuvor seit 07.07.2009 Mitglied des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
(seit 01.01.2010 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
- Mitglied des Beirats der
 - BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 - Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main (seit 01.08.2009)
 - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg (bis 07.07.2009)

Serge Demolière

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Börse Berlin AG, Berlin ◊
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg
 - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 - LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

Hans Jürgen Kulartz

- a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin ◊ (seit 05.06.2009)
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ◊
- b) stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
- Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (vom 16.06.2009 bis 06.07.2009)
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
- LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin

Martin K. Müller

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ◊

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin ◊
(vom 05.06.2009 bis 11.09.2009 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg (seit 31.07.2009)

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◊

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin ◊
(seit 05.06.2009, zuvor stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ◊

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands (bis 10.06.2009)

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (bis 10.06.2009)

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Hypo Real Estate Bank AG, München ◊
 - Hypo Real Estate Holding AG, München ◊
 - a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin ◊
(seit 05.06.2009, zuvor Vorsitzender des Aufsichtsrats)
 - b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Stiftung Schloss Neuhausen, Neuhausen
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Dieter Barz

Mitglied des Aufsichtsrates des Bürgschaftsausschusses
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrates der
- Bankenservice GmbH, Berlin

Hans-Jürgen Torkler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt

Manfred Wiesinger

Mitglied des Aufsichtsrats der
- BankenService GmbH, Berlin

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 22. Februar 2010

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 3. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Mark Maternus
Wirtschaftsprüfer

Gemäß § 16 Absatz 3 des Wertpapierprospektgesetzes können Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der im Rahmen des Basisprospekts begebenen Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags durch eine Erklärung gegenüber der Landesbank Berlin AG widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.

Berlin, den 28. April 2010

Landesbank Berlin AG

(Antje Henning)

(Frank Klingelhöfer)